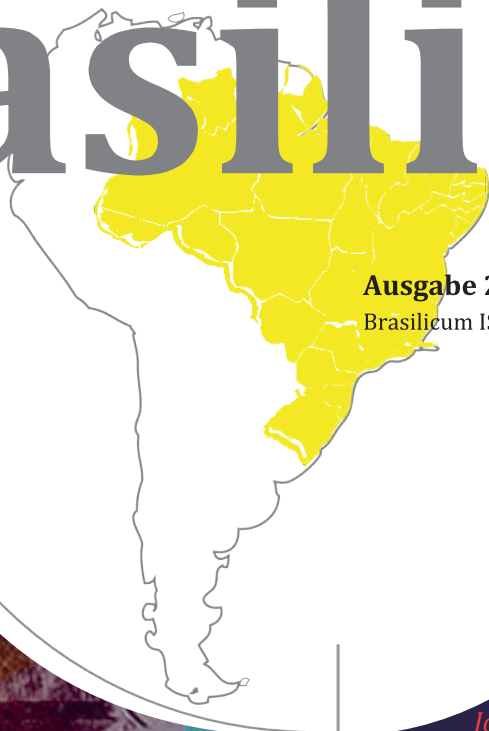


KoBra Brasilicum



Ausgabe 246/247 | Oktober 2017

Brasilicum ISSN 2199-7594

Kein Recht weniger! Kampfzone Menschenrechte

Ungewisse Gemengelage
Thomas Fatheuer

Rechtsprechung im Kontext des Putschs
Johny Fernandes Giffoni

Gewerkschaften gegen die Arbeitsrechts "Reform"
Fritz Stahl

Zwei Jahre nach dem Dambruch in Mariana
Thomas Bauer

Die wahren Akteure hinter der Entwaldung
Thomas Fatheuer

Der steinige Weg zur Umsetzung der Agenda 2030
Jan Erler

Der Kampf der Guarani und Kaiowá Brasiliens
Felipe Bley Folly und Angélica Castañeda Flores

Die Rückkehr der Guarani an den Ort des Seins
Volker von Bremen

Die Durchsetzbarkeit von Recht
Nele Kliemt

Widerstand leisten und überleben
Analba Brazão Teixeira

Das wichtigste Erbe der Menschheit
Dieter Gawora

Ministerio publico = Staatsanwaltschaft?
Stefani Rackes da Silva

Handlungsspielräume zum Schutz von Rechten
Júlia Esther Castro França und Juliana Miranda

Lobbyarbeit für Menschenrechte
Uta Grunert

Schule des Verbrechens
Niklas Franzen

Grundlagen der "restaurativen Gerechtigkeit"
Pater Valdir João Silveira

Das Theater der Befreiung
Isabella Bischoff

**DIREITOS
HUMANOS**



KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website www.kooperation-brasilien.org** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!



Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Kann bestellt werden:

Postkarte: Brasil na Agenda

Bewegung für soziale und ökologische Gerechtigkeit



Herausgeberin KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

V.i.S.d.P. Fabian Kern

Brasilicum ISSN 2199-7594

Redaktion Igor Birindiba Batista, Uta Grunert, Jan Erler, Fabian Kern und Peter Zorn.

Übersetzungen Monika Ottermann, Gilberto Calcagnotto, Tina Kleiber, Misereor.

Druck/Design printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Scribus, Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder.

Titelbild Menschenrechte sofort - Foto: Rafael Werkema / CFESS (www.cfess.org.br) | Rückseite: A greve parou o Brasil - Foto: Blogosfero <http://blogosfero.cc> (CC BY 3.0) .

Bezug/Kontakt KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg
Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Editorial

Über ein Jahr liegt die endgültige Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff nun zurück. Schon während der kommissarischen Übernahme der Amtsgeschäfte zwischen Mai und August 2015 schickte sich die Regierung unter Michel Temer an, den Staat komplett umzubauen und Fakten zu schaffen. Ministerien wurden zusammengestrichen, die staatliche Medienanstalt EBC an die kurze Leine genommen und die Verfassung umgeschrieben. Begleitet wird dieser radikale Umbau des brasilianischen Staatsapparats von Korruptionsskandalen und spektakulären Anklagen der Staatsanwaltschaft gegen den Präsidenten und seine beiden Vorgänger. **Thomas Fatheuer** skizziert in seinem einleitenden Artikel einige Episoden aus dem verworrenen Prozess des „Lava Jato“. Daran anschließend analysiert **Johny Fernandes Giffoni**, Pflichtverteidiger im Bundesstaat Pará, die Rolle der Justiz in der jüngeren Geschichte Brasiliens.

Eines der wichtigsten Projekte der Regierung von Michel Temer war die Durchsetzung einer Arbeitsmarkt- und Rentenreform. Als Antwort auf diese Projekte organisierten die Gewerkschaften mehrere Generalstreiks, an denen sich 35 – 40 Millionen Brasilianer*innen beteiligten. **Fritz Stahl**, Mitglied im Arbeitskreis „Solidarität mit Brasilianischen Gewerkschaften“ im DGB Mannheim, beleuchtet die aktuellen Arbeitsmarktreflexionen und deren Auswirkungen auf die Arbeiter*innen. Von diesem historischen Generalstreik stammt übrigens der überwiegende Teil der Bilder dieser Ausgabe.

Die Verteidigungskämpfe gegen die neoliberalen Regierungsprojekte überlagern leider andere wichtige Themen wie die Aufarbeitung des Dammbrechens von Mariana im November 2015, den Anstieg der Entwaldung in Amazonien oder die Klimapolitik. Deshalb haben wir **Thomas Bauer** von der Landpastorale in Bahia gebeten, sich am Rio Doce für uns umzuschauen, **Thomas Fatheuer** führt ein Interview mit dem Geografen **Mauricio Torres** aus Santarém und zieht eine Bilanz der Klimapolitik Brasiliens seit dem Pariser Abkommen. Bilanziert wurden auch die Fortschritte bzw. Rückschritte Brasiliens beim Erreichen der Sustainable Development Goals (SDGs), die von den Vereinten Nationen in ihrer Agenda 2030 definiert wurden. **Jan Erler** aus der Kobra-Geschäftsstelle fasst den Schattenbericht der *Grupo de Trabalho da Sociedade Civil para Agenda 2030* für uns zusammen.

Im nächsten Block beschäftigen sich **Felipe Bley Folly** und **Angélica Castañeda Flores** von FIAN International mit der Situation der Guarani-Kaiowá und ihren Versuchen auf internationaler Ebene Aufmerksamkeit für ihre Situation zu erzeugen. Daran anschließend öffnet uns **Volker von Bremen** am Beispiel der *tekoha* die Augen für Gerechtigkeitskonzepte außerhalb des staatlich vorgegebenen Rechtsrahmens. Den Unterschied zwischen Recht und der Rechtsdurchsetzung macht **Nele Kliemt** von Amnesty International ebenfalls am Beispiel der Guarani Kaiowa deutlich. Zu diesem Themenkomplex wird beim Runden Tisch Brasilien ein Forum angeboten.

Von den indigenen Kämpfen in Mato Grosso do Sul ziehen wir weiter nach Pernambuco, wo die Organisation **SOS Corpo** von Kämpfen der Frauen in Quilombos und Indigenen Gemeinschaften berichtet. Auch dieses Thema wird von zwei Vertreterinnen der Organisation am Runden Tisch in einem Forum besprochen. Traditionelle Völker und Gemeinschaften sind spätestens seit dem Runden Tisch Brasilien 2015 ein wichtiges Thema in der KoBra Arbeit. Dieser Schwerpunkt wurde durch die Unterstützung der Tagung „Traditionell Zukunftsfähig“ im Juni 2017 fortgesetzt, die **Dieter Gawora** in einem Artikel resümiert. Ein entscheidender Akteur in vielen Fragen der Menschenrechte in Brasilien ist das *Ministério Público*, das oftmals im Sinne der Betroffenen auch gegen staatliche Institutionen ermittelt. Die Hintergründe dieser Institution erklärt Stefani Rackes, ehemalige Praktikantin im KoBra Büro. Um das Schicksal derjenigen, die sich der Verteidigung der Menschenrechte in Brasilien verschrieben haben drehen sich die folgenden beiden Artikel von dem **Vernetzungs- und Dialogprozess PAD** (*Processo de Articulação e Diálogo*) und von **Uta Grunert** aus der Kobra-Geschäftsstelle.

Den Abschluss des Hefts bildet ein Themenblock, der ebenfalls am Runden Tisch in Hofgeismar behandelt wird. Das Gefängnisssystem wird durch eine Undercover-Reportage von **Niklas Franzen** illustriert. Die **Gefängnispastorale** stellt anschließend ihren alternativen Ansatz der restaurativen Gerechtigkeit vor und **Isabella Bischoff** beschäftigt sich mit dem Theater der Befreiung als kreativem Zugang zu Empowerment und kollektiven Lösungen.

die Redaktion



Das schon etwas abgestandene Schlagwort von der „multiplen Krise“ wirkt angesichts der Ereignisse in Brasilien eher untertrieben. Ständig neue Enthüllungen und Verhaftungen erschüttern das Land, die Wirtschaft kommt nicht aus der Krise, Rio de Janeiro geht unmittelbar nach den Olympischen Spielen pleite, eine Militärintervention soll die explodierende Gewalt am Zuckerhut in den Griff bekommen. Und so weiter.

Ungewisse Gemengelage

Brasilien 2017

von Thomas Fatheuer*

Die atemlose Serie von Enthüllungen im Rahmen von Lava Jato führt dazu, dass die Lage extrem unübersichtlich wird und extrem vereinfachende narrative Orientierung versprechen: „Alle korrupt“, „Nur die Militärs können noch für Ordnung sorgen“, „Eine vom Ausland gesteuerte Verschwörung gegen Lula und die PT“ und so weiter. Das hilft natürlich auch nicht weiter und deshalb ist es notwendig, sich auf ein bisschen Komplexität einzulassen. Da ein Überblick kaum noch möglich ist, beginnen wir mit einem Schlaglicht, das einige Aspekte der aktuellen Situation beleuchtet.

Eldorado Brasil Celulose S.A. lautet der schöne Name für ein schmutziges Geschäft; so heißt nämlich eine der größten Zellulosefabriken Brasiliens, die nun ins Visier der Operation Greenfield der Lava Jato Ermittlungen geriet. Eldorado gehört der Holding J&F, eher bekannt unter dem Namen ihres größten Unternehmens, JBS Friboi. Die Schlachthauskette der Brüder Batista wuchs unter der Regierung Lula zu einem internationalen Konzern, der dann auch seinen Geschäftsbereich über das Fleischgeschäft hinaus ausdehnte. 2014 stieg das Imperium der Brüder zum zweitgrößten Konzern Brasiliens auf – nach Petrobras. Ermöglicht wurde dieser rasante Aufstieg durch millionenschwere Kredite der staatlichen Entwicklungsbank BNDES. Die schnelle Bewilligung dieser Kredite wurde nach Aussagen der Brüder Batista durch Schmiergelder an Politiker*innen des Regierungslagers ermöglicht. Mit ihren Aussagen belasten sie sowohl Politiker der PT wie der PMDB. Ein Schlüsselrolle spielte offensichtlich Lucio Funaro, der nun verhaftet ist und dessen Aussagen immer neue Details über das Korruptionssystem enthüllen. Funaro gilt als Mann von Eduardo Cunha, dem Strippenzieher der Amtsenthebung von Dilma Rousseff, der nun auch im

Gefängnis sitzt. Explosiv sind die Aussagen Funaros, weil sie auch Präsident Temer schwer belasten.

Zurück zu Eldorado. Neben den Krediten der BNDES wurden auch die Pensionsfonds von Petrobras und der (staatlichen) Bank *Caixa Economica Federal* gezwungen, sich an dem Geschäft (mit ca. 20%) zu beteiligen. Als Ergebnis kämpft nun der Pensionsfond Petros mit einem Verlust von 8,1 Milliarden Reais. Etwa ein Drittel dieses Verlusts soll auf die Beteiligung an Investitionen zurückgehen. Zu den größten Beteiligungen gehören dabei Eldorado und der Staudamm Belo Monte.

Eldorado wurde nun für 1,5 Milliarden Reais an eine indonesische Firma verkauft. Sprich: mit Milliarden öffentlicher Geldern wurden dubiose Geschäfte finanziert (und Kassen gefüllt) und Unternehmen gestärkt, die nun ans Ausland verkauft werden. JBS und die Gruppe des ebenfalls verhafteten Eike Batista sind die Ruinen einer Politik, die darauf basierte, „nationale Champions“ zu fördern. Diese desaströse Verquickung von Geschäft, Korruption und Politik ist im Rahmen der Lava Jato-Ermittlungen aufgedeckt worden, durch umfangreiche Geständnisse der Beteiligten belegt und hat dazu geführt, dass die Eigentümer der größten Privatfirmen Brasiliens (Gruppe Eike Batista, Odebrecht und JBS Friboi) im Gefängnis sitzen. An diesem Desaster waren auch Politiker*innen der PT beteiligt oder/und tragen dafür politische Verantwortung.

Nach diesem Schlaglicht auf einen speziellen Fall sollen im folgende verschiedene Spielorte des brasilianischen Dramas kurz besichtigt werden.

Temer oder die Haltbarkeit des Unhaltbaren

Michel Temer, durch dubiose Machenschaften ins Amt gekommen, ist ohne Zweifel der unpopulärste Präsident der jüngeren Geschichte Brasiliens. Paradoxiertweise ist das die Basis seiner Wirksamkeit. Er ist der ideale Präsident, um Sparprogramme durchzusetzen und umstrittenen Reformen, wie die Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Privatisierungen, voranzutreiben. Dafür baut er auf eine überraschend stabile Mehrheit im Parlament, die durch Vergabe von Ämtern an diverse Kleinparteien gestützt wurde. Auch die Tatsache, dass immer wieder Minister wegen Korruptionsermittlungen entlassen werden mussten, änderte nichts an dieser Tatsache.

Aber dann brachten die bereits vorgestellten Schlachthausbrüder Batista die Machtkonstellation in Bewegung. Sie nahmen heimlich eine belastende Unterhaltung mit Temer auf. Nun forderte sogar der Medienkonzern Globo das Ende von Temer und seine Tage

im usurpierten Amt schienen gezählt. Die Bundesstaatsanwaltschaft erhob Anklage gegen Temer und das Parlament musste entscheiden, ob diese Anklage zugelassen wird. Was nun folgte, war eine Lehrstück der Verkommenheit brasilianischer Politik. Durch Verhandlungen und die Verteilung von Ämtern sicherte sich Temer seine parlamentarische Mehrheit erneut und überstand die Abstimmung. Die Handlungsfähigkeit der Regierung wurde jedoch stark eingeschränkt. Die wichtigste Aufgabe scheint zu sein, das eigene Überleben zu sichern.

Neben den Brüdern Batista wurde in den letzten Monaten der Bundesstaatsanwalt Janot zu einer Schlüsselfigur. Kurz vor Ende seiner Amtszeit, die am 17.9.2017 auslief, erhob er erneut Anklage gegen Temer und beschuldigt ihn, Chef einer kriminellen Vereinigung zu sein. Temers Lage wurde durch eine spektakuläre Aktion der Bundespolizei verschärft. In der Wohnung eines der wichtigsten Verbündeten Temers, Geddel Viera Lima, wurden 51 Millionen Reais in bar entdeckt. Damit gab es im Wirrwarr der Ermittlungen mal wieder eindrucksvolle Bilder von mit Geld gefüllten Koffern. Lima ist eine der Schlüsselfiguren der brasilianischen Politik der letzten Jahre. Er war Minister unter Lula und Temer sowie Vizepräsident der Caixa Economica Federal unter Dilma. Und damit sind wir wieder bei Eldorado. Der bereits erwähnte Funaro sagt nun aus, dass Geld sei aufgrund der Dienste bei der Bewilligung von Krediten an die Gruppe der Brüder Batista geflossen. Teile des Geldes sollen für Temer bestimmt gewesen sein. Für Temer ist keine Ruhe in Sicht – aber auch keine schnelles Ende des Albtraums seiner Präsidentschaft.

Lula und die PT – am seidenen Faden

Lula steht 2017 ebenfalls im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Er wurde durch den umstrittenen Richter Moro zu neun Jahren Gefängnis verurteilt, musste aber erst nach einer Verurteilung in zweiter Instanz die Strafe antreten. Ein Urteil in einem zweiten Verfahren wird bis Ende des Jahres erwartet. Gleichzeitig ist Lula erklärter Kandidat der PT für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahre – und führt die Umfragen an. Trotz Ermittlungen und Verurteilung sind seine Umfragewerte im Laufe des Jahres sogar gestiegen. Ein Verurteilung in zweiter Instanz würde seine Kandidatur bei den Wahlen aber rechtlich unmöglich machen.



Copacabana unterstützt Lava Jato • 26/03 • Rio de Janeiro
Foto: Francisco Proner Ramos / Mídia NINJA (CC BY-SA 2.0)

Angesicht der gigantischen Enthüllungen der letzten Jahre geht es in den Verfahren gegen Lula eher um „Kleinigkeiten“, um Begünstigungen in Form eines Apartments und eines Landhauses, das ihm von Baufirmen nach der Amtszeit zur Verfügung gestellt wurden. Für die Anhänger*innen der PT und für die meisten Linken ist der Fall klar: es handelt sich hier um eine böswillige Verfolgung durch eine politisierte und einseitige Justiz, die auf juristischem Weg die Rückkehr Lulas in das Präsidentenamt verhindern will. „Ein Wahl ohne Lula ist keine legitime Wahl“, lautet die Devise.

Tatsächlich wäre es für die Zukunft der Demokratie in Brasilien ein großes Problem und dauerhafter Schaden, wenn der populärste Politiker nicht bei den Wahlen antreten könnte.

Angesichts der reaktionären Offensive und der anhaltenden Popularität Lulas, hat die PT die Reihen wieder fest geschlossen und eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit beiseite geschoben. Gleisi Hoffman, die 2017 neue gewählte Präsidentin der Partei, hat dies offen verkündet: „Wir sind keine religiöse Organisation, wir machen keine Schuldbekennnisse und geißeln uns nicht selbst. Wir werden nicht unsere Fehler aufzählen, damit die Bourgeoisie und die Rechte dies ausnutzt“. Und sie fügte hinzu: „Ohne Lula und die PT existiert keine wahre Linke in Brasilien“.

Aber die nach außen dargestellte geschlossene Kampfhaltung kann über die großen Dilemmata für die PT nicht hinwegtäuschen. Auch wenn Lula ein starker Kandidat ist – ob er die Wahlen gewinnen kann steht auf einem ganz anderen Blatt. Denn groß ist auch die Ablehnung Lulas und

die allgemeine Wahrnehmung, dass zumindest Teile der PT das großen Korruptionsrad in den letzten Jahre mit gedreht haben und Mitverantwortung für die aktuelle Krise tragen. Falls Lula nicht antreten kann, wird es schwierig sein, die Stimmen auf einen anderen Kandidaten oder eine andere Kandidatin zu transferieren. Die Zukunft der PT hängt stark, zu stark von der Person Lulas ab. Und trotz der großen Unzufriedenheit mit Temer gibt es keine Massendemonstrationen, keine nachhaltige Mobilisierung, die die Lage ändern oder zumindest nachdrücklich beeinflussen könnte.

Aufsteiger und Verlierer des Jahres 2017

Aécio Neves, der bei den Präsidentschaftswahlen 2014 nur ganz knapp unterlegen war, gehört zu den großen Verlierern des Jahres. Auch er ist ein Opfer der Mitschnitte der Gebrüder Batista, und selbst wenn er bisher nicht im Gefängnis sitzt - seine politische Karriere ist erledigt.

Nicht so eindeutig ist die Frage zu beantworten, wer an seiner Stelle Kandidat der PSDB sein wird. Seit 1994 waren die Präsidentschaftswahlen im zweiten Wahlgang immer ein Duell PSDB versus PT. Die PSDB verfügt über zwei mögliche Kandidaten: den Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alckmin, und den Bürgermeister von São Paulo, João Doria. Alckmin ist ein politischer Veteran und damit zutiefst mit dem diskreditierten System verbunden, während Doria im Augenblick die einzig neue Figur in der Szene ist und sich als demagogischer Anti-Politiker und kompetenter Verwalter zu profilieren versucht. Weil Alckmin den Apparat der PSDB beherrscht, gilt als wahrscheinlich, dass er seine Nominierung durchsetzen wird. Doria, der bei Wahlumfragen deutlich besser abschneidet, ist schon auf der Suche nach einer anderen Partei, die ihn als Kandidaten aufstellen könnte.

2017 brachte auch den Aufstieg des Rechtsradikalen Jair Bolsonaro. Bei den letzten Umfragen liegt er mit etwa 20% auf Platz zwei (hinter Lula mit 26-30%). Bolsonaro verteidigt die Militärdiktatur und fordert eine Lizenz zum Töten für die Polizei. Seine wachsende Popularität zeigt, dass eine extreme Rechte in Brasilien an Boden gewinnt, und dass der Niedergang des politischen Systems bei den Wahlen im nächsten Jahr Raum für politische Abenteurer gibt. Damit wird es noch schwieriger eine Prognose für die Wahl zu treffen.

Gelitten hat sicherlich auch das Image der Justiz. Über den ermittelnden Richter Moro gehen die Meinungen weit auseinander. Während seine Anhänger ihn als neuen Held feiern, ist er für PT und Linke ein einseitiger Verfolger

der Linken und besessen von der Idee, Lula hinter Gitter zu bringen. Der oberste Staatsanwalt Janot wurde 2017 zu einer weiteren umstrittenen Schlüsselfigur der Justiz. Zweimal hat er Anklage gegen Temer erhoben, aber auch gegen Lula, Dilma und andere führende Politiker der PT, die er genauso wie Temer beschuldigt, Anführer einer kriminellen Vereinigung zu sein.

In Schwierigkeiten geriet Janot, weil er den Gebrüdern Batista für deren Aussagen Straffreiheit zugesichert hatte. Als nun rauskam, dass sie am Vorabend der Veröffentlichung ihrer Aussagen massiv Aktien ihrer Firma verkauft hatten, wurde sie wegen Insiderhandels doch festgenommen und die Zusagen der Straffreiheit zurückgenommen.

Am 18. September hat nun seine Nachfolgerin, Raquel Dodge das Amt angetreten. Sie ist von Temer ernannt worden, auf der Vorschlagsliste der Bundesanwaltschaft stand sie aber nur auf Platz zwei. Lula und Dilma haben sich bei den Ernennungen immer an die Reihenfolge der Bundesanwaltschaft gehalten und den ersten Platz nominiert. Es wird erwartet, dass sie den Feldzug Janots gegen Temer nicht fortsetzt. Aber auch das ist ein riskantes Spiel, weil ein radikaler Kurswechsel die letzte Glaubwürdigkeit der Justiz verspielen könnte.

Es ist nicht einfach eine Bilanz zu ziehen: Politiker*innen und Unternehmer*innen, die wegen Korruption und illegaler Parteispenden beschuldigt werden und dieses Vergehen auch zum großen Teil gestanden haben, sitzen im Gefängnis. Eine unerhörte Tatsache in einem Land, in dem die Straflosigkeit – „impunidade“ - für die Eliten immer ein Schlüsselwort der politischen Debatten war. Zum anderen hat Lava Jato aber auch dazu geführt, dass eine unbequeme linke Regierung durch die korruptesten Teile der brasilianischen Elite gestürzt wurde und bis heute die Regierung bildet.

Der Politikwissenschaftler Carlos Melo vergleicht die Situation Brasiliens mit einem Labyrinth, in dem die unbesiegte Bestie – das durch und durch korrupte politische System – allgegenwärtig bleibt. Und weder ist ein Ausweg noch ein Retter in Sicht. In einem Labyrinth kann man sich viel bewegen ohne voranzukommen - genau das scheint heute in Brasilien zu passieren. Lava Jato hat das politische System Brasiliens gründlich aufgemischt, aber eine neue Perspektive ist nicht sichtbar. ■

* Thomas Fatheuer ist KoBra-Vorstandsmitglied. Von 2003 bis Juli 2010 leitete er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro.

Die brasilianische Verfassung von 1988 setzte einer Zeit der systematischen Rechtsverletzungen ein Ende. Ein neues Paradigma begann. Zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens lebten wir unter einer demokratischen Regierung, die unsere (zivilen und politischen) Grundrechte sowie die Rechte zweiter und dritter Ordnung (soziale, kulturelle, ökonomische und Umweltrechte) anerkannte. Gemäß der Verfassung lebten wir seit 1988 in einem demokratischen Rechtsstaat, der auf den Wahlergebnissen und den dazugehörigen Rechtsprozessen basierte.

Die Rolle der Rechtsprechung im Putsch und die Missachtung der Menschenrechten

von Johny Fernandes Giffoni*

Was bedeutet das?

Es bedeutet verbindliche Rechtsprozesse, ein Recht auf ein unversehrtes Leben, die Garantie, nur ins Gefängnis zu kommen, wenn es ein Verfahren gegeben hat, bei dem die Verteidigung die gleichen Möglichkeiten hat wie die Anklage. Außerdem garantiert es das Recht auf Gesundheit, Erziehung, Altersvorsorge genau so wie die Rechte traditioneller Völker und Gemeinschaften.

2016 gab es einen Bruch im demokratischen Rechtsstaat, in dem Brasilien lebte. Allerdings nicht von einem Militärregime, sondern in Form eines parlamentarischen Putsches¹ oder eines Putsches der Toga (Anmerkung der Redaktion: Hier ist die Justiz gemeint)².

Hervorgehoben werden muss, dass auch nach der Verfassung von 1988, in den Jahren verschiedener demokratischer Regierungen, Menschenrechte verletzt wurden, zuletzt unter den Regierungen von Präsident Lula und Präsidentin Dilma. Nach dem Putsch von 2016 ging man allerdings dazu über, die Verletzungen der Menschenrechte durch die Rechtsordnung zu rechtfertigen. Im Bereich der Legislative durch die systematische Änderung von Gesetzen, im Bereich der Exekutive durch die Zerstörung öffentlicher Programme der Einkommensverteilung und der Rechte auf Gesundheit, Erziehung, sanitäre Grundversorgung und Sozialhilfe. Im Bereich der Justiz durch die Abschaffung von Garantien, die mit dem Recht auf Verteidigung zusammenhängen. Außerdem kam es zur Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen und der Nicht-Bestrafung von Mitgliedern paramilitärischer Gruppen, die gezielt in Stadtrandlagen

mordeten.

Im Bereich der Judikative müssen wir einige Phänomene festhalten:

Fehlen von Kontrollinstanzen

Die Judikative ist die geschlossenste Gewalt der Republik, die über die meisten finanziellen Privilegien verfügt. Neben den Gehältern sind dies 60 Tage Ferien und Unterstützungen in den verschiedensten Bereichen. Es gibt Gesetzesentwürfe, die eine Ausweitung der Privilegien vorsehen.

Auf der anderen Seite ist der Zugang zu Informationen gesetzlich geregelt. Alle drei Gewalten stellen relevante Informationen in leicht zugänglichen Dateien zur Verfügung³ und geben diese weiter.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist der Nationalrat der Justiz, dessen Aufgabe die Kontrolle der administrativen und finanziellen Aktivitäten der Justiz und die funktionelle Aufgabenerfüllung der Richter ist. Dort sollten die Zivilgesellschaft und Mitglieder der sozialen Bewegungen vertreten sein. Auf der Ebene der Bundesstaaten sollten in den Beschwerdekammern der Bundesstaaten (*Ouidouria do Tribunal de Justiça Estadual*) Vertreter der Zivilgesellschaft sitzen.

Das Phänomen der Kronzeugenregelung und seine Beweggründe

Die Untersuchungen zum Fall Lava Jato⁴ spielen sich weit entfernt von der Realität der brasilianischen Gefängnisbevölkerung ab: Teure Anwälte werden hinzugezogen, die nur in dem betreffenden Fall tätig sind. Dennoch werden die Angeklagten immer wieder in Präventivhaft genommen. Das Mittel der Präventivhaft sollte aber eine Ausnahme bleiben und nur in Fällen angewendet werden, bei denen die öffentliche oder ökonomische Ordnung oder das Verfahren oder die Anwendung der Gesetze gefährdet sind. Außerdem, wenn es genügend Beweise sowohl für das Verbrechen als auch für die Urheberchaft gibt. Die Präventivhaft dient nur dem guten Fortgang des Verfahrens und darf nicht unendlich verlängert werden.

Heute erleben wir eine Kombination der Kronzeugenregelung mit der Präventivhaft. Die Kronzeugenregelung ist aber ein Untersuchungsinstrument, um eine der Urheber des Verbrechens oder einen Zeugen, der sich entscheidet, der Staatsanwaltschaft zu helfen und dadurch effektiv zur Aufklärung und Ermittlung der Beschuldigten beiträgt, zu belohnen. Dabei müssen der oder die Täter identifiziert werden, oder der durch das Verbrechen verursachte Schaden muss vollständig oder zum großen Teil kompensiert werden,



Kreuze auf dem Rasen vor dem Regierungspalast in Brasília | Foto: Pedro França/Agência Senado (CC BY 2.0)

oder das Opfer muss durch die Aussage des Denunzianten körperlich unversehrt lokalisiert werden können.

Damit eine Aussage juristisch verwertbar ist, darf sie nicht Frucht von Bedrohungen oder Nötigung sein. Aktuelle Kronzeugenaussagen wurden aber von Menschen gemacht, die schon im Gefängnis saßen. Nach einer Reportage, die in der Zeitschrift *Caros Amigos* unter dem Titel „Strafe ist wichtiger als Legalität“ erschien, nutzte auch die Diktatur die „Denunziation“ um die revolutionären Gruppen zu kontrollieren. Aber erst nach 1990 trat sie mit der Veröffentlichung des Gesetzes 8072/90 in die juristische Realität ein.

Politisierung der Prozesse

Die Judikative fürchtet die Presse, die in Brasilien von einer historischen Elite beherrscht wird und die gegen Sozialprogramme und sonstige Aktionen der Regierung Lula eingestellt ist.

Die Richter sollten unparteiisch bleiben und sich mit ihren Aktivitäten eng an die Führung des Prozesses halten. Sie äußern sich aber oft unbedacht in den Medien, mit der Folge, dass sowohl ihr Leben als auch ihr juristisches Handeln von einer Presse kommentiert wird, die nicht immer nur informiert, sondern die mit dem Prozess verbundene Informationen als politische Nachricht verzerrt.

Alle Informationen im Umfeld der Prozesse, sei es durch Dokumente, Protokolle von Telefonüberwachung oder Kronzeugenaussagen können den sogenannten linken

Parteien zugeordnet werden.

Seit dem Impeachment⁵ werden Prozesse wie die Verurteilung von Lula oder die Gefängnisstrafe für einen normalen Bürger wie den jungen Schwarzen Rafael Braga⁶ durch die Medien bestimmt. Diese legen fest, wie der jeweilige Richter urteilt. In allen genannten Fällen wurden die Angeklagten schon vor der Festlegung des endgültigen Richterspruch in der Presse verurteilt.

Sie wurden verurteilt für das, was sie repräsentieren. Sie sind eine Bedrohung für die kolonialen Struktur Brasiliens, in der Schwarze, Arme, Frauen, Arbeiter*innen ihren Herren dienen und nicht an politischen Entscheidungen teilnehmen sollen. Professor Newton de Menezes Albuquerque⁷ fasst es so zusammen: „Das Recht als etwas Autonomes, bestimmt von unabhängigen Regeln, unbeeinflusst von der wechselnden öffentlichen Meinung, verliert seinen Zweck. Es wird zum Anachronismus, zum verdächtigenden Instrument nationaler „Straflosigkeit“. Wichtig ist heute das mit der öffentlichen Meinung verbundene Recht, von den Vertretern der Medien diktiert, mit dem der „Gegner“ zerstört wird. Der Richter hat dabei die Rolle eines Führers, der über politische und moralische Ziele der „homogenen Nation“ entscheidet, so sah es schon Carl Schmitt, der umstrittene Staatsrechtler der Weimarer Republik und des Naziregimes.“

Die Maßnahmen gegen die Korruption und ihre Konsequenzen für die ärmere Bevölkerung

Im Jahr 2015 hat die Generalstaatsanwaltschaft 10

Maßnahmen gegen Korruption veröffentlicht, die einerseits Korruption verhindern und andererseits die entsprechenden Taten strenger bestrafen sollen.

Diese 10 Maßnahmen enthalten Normen zur Strafprozessordnung, die für alle Bürger gelten, und dabei fundamentale Rechte der Verteidigung beeinträchtigen. Wie z.B. die „Integritätstests“, die „Zulassung nichtzulässiger Beweismittel“ und die Einschränkung der Möglichkeiten der Haftprüfung (*habeas corpus*).

Eine andere fragwürdige Maßnahme ist die Begrenzung der Möglichkeiten der in Kriminalprozessen einsetzbaren Beweismittel. Diese Maßnahme verletzt das in der Verfassung von 1988 festgelegte Rechtsprinzip der Wiederaufnahme eines Verfahrens in einer zweiten Instanz (*dupla grau de jurisdição*) und zudem das schon 1969 unterzeichnete Abkommen von San José, Costa Rica.

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht nur anwendbar für Korruptionsdelikte, sondern auch auf alle 600.000 Gefangenen in Brasilien. So entlarvt sich hier das Gesicht der Demokratie in Brasilien: Sie ist schon lange nicht mehr die Demokratie, die mit der Verfassung von 1988 geschaffen wurde. ■

* Johnny Fernandes Giffoni ist Pflichtverteidiger im Bundesstaat Pará. Er ist als Pflichtverteidiger tätig in der Abteilung für Menschenrechte und vertritt Indigene, Bewohner*innen von Quilombos und andere verletzte Gruppen. In den meisten Fällen wenden sich die Prozesse gegen Entwicklungsprojekte, die von der Regierung des Bundesstaates Pará realisiert werden. Er ist freiwilliger Berater der Caritas Brasilien, Region Nord und des Brasilianischen Forums für Klimawandel.

1 Wir verwenden den Begriff „Putsch durch das Parlaments“ für die Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff. Dieser Vorgang erfolgte wegen der politischen Instabilität und wegen des Verlusts von Unterstützung im Nationalkongress.

2 Wir verwenden den Begriff „Putsch der Toga“, um den Prozess der Verschiebung der politischen Streits auf die Gerichte zu benennen. Dabei wird jede politische Aktivität und jede soziale Militanz kriminalisiert und die politischen und zivilen Rechte der ersten Dimension der Rechte relativiert.

3 Gesetz 12.527 von 2011, regelt das Recht auf Information.

4 Auf deutsch etwa ‚Autowäsche‘ oder ‚Operation Hochdruckreiniger‘, auch Caso Lava Jato, ist ein milliardenschwerer Korruptionsskandal (auch als Petrolão stilisiert). Seit dem 17. März 2014 ermittelt Staatsanwalt Deltan Dallagnol, zuständig beim Bundesgericht in Curitiba im südbrasilianischen Bundesstaat Paraná die Verfahren zur Aufklärung des Petrobras-Skandals. (Anmerkung des Übersetzers)

5 Hier ist wahrscheinlich das Amtsenthebungsverfahren von Fernando Collor de Melo im Jahr 1990 gemeint. (Anmerkung des Übersetzers)

6 Rafael Braga, wurde im Jahr 2013 verurteilt, während der Demonstrationen in Rio de Janeiro. Die Anklage lautete: Tragen von Sprengstoff. Beweismittel war ein Flasche Desinfektionsflüssigkeit, die er bei sich trug. Im Jahr 2016, nachdem er freigelassen war, wurde er erneut angeklagt. Dieses mal wegen des Besitzes von Drogen. Details unter <https://libertemrafaelbraga.wordpress.com/about/>.

7 Die medial-gerichtliche Konstruktion der Verurteilung von Lula kann abgerufen werden auf <http://www.teoriaedebate.org.br/index.php?q=materias/politica/construcao-midiatico-judiciaria-da-condenacao-de-lula>

Die Vorgeschichte: Nach der Absetzung der Präsidentin Dilma und der Regierungsübernahme durch den Vizepräsidenten Temer.

In einem Brief der Kolleg*innen von Mercedes Benz do Brasil beschreiben diese die aktuelle Situation folgendermaßen:

Die “Reform“ des Arbeitsrechts und der Widerstand der Gewerkschaften

von Fritz Stahl*

Nach dem Putsch gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff sind die politischen und juristischen Institutionen des brasilianischen Staats in die Hände einer Bande korrupter und skrupelloser Unternehmer gefallen, die offen und hinter verschlossenen Türen alles daransetzen, das Rad der Geschichte der Arbeitsbeziehungen um 120 Jahre zurückzudrehen. Das zeigt auch die Abstimmung von gestern (Anm. d. R.: Abstimmung vom 02. August). Das Parlament hat beschlossen, keine Ermittlungen gegen einen Staatspräsidenten zuzulassen, der mit Bild- und Tonaufnahme überführt wurde, von einem Unternehmer Schmiergeld angenommen zu haben.

Der zu Unrecht amtierende Präsident, ein Kongress, der im Korruptionssumpf versinkt, ein oberster Gerichtshof, der sich mit der Unternehmerschaft und den rechten Parteien verschworen hat, der korrupte Politiker freispricht, Galionsfiguren der sozialen Bewegungen kriminalisiert und die Gewerkschaften zu schwächen versucht - angesichts dieser Lage, der in Korruption versunkenen drei Gewalten, sehen wir nur drei Alternativen: ein unbefristeter Generalstreik, die Wahlen im Jahr 2018 oder eine Kampagne zur Einberufung sofortiger Direktwahlen.

Da die brasilianischen Medien sich zum Büttel der Eliten gemacht haben, wäre es gut, wenn ihr, Kolleginnen und Kollegen, uns dabei helfen könntet, die Ereignisse hier in Brasilien bekannt zu machen. Denn sollten die Prekarisierungsversuche hier in Brasilien, dem größten Land Südamerikas, Erfolg haben, dann sind nicht nur wir, die Arbeitnehmer in Lateinamerika und der Karibik, sondern alle Arbeitnehmer weltweit in Gefahr.

Die neuen Arbeitsgesetze

Die inzwischen beschlossenen neuen Arbeitsgesetze stoßen auf große Kritik. Nicht nur die Gewerkschaften, die Sozialen

Bewegungen und die oppositionellen Parteien lehnen die Gesetze ab, sondern auch Menschen aus dem Rechtswesen weisen darauf hin, dass die Gesetze gegen die geltenden Arbeitsrechte von 1943 (CLT) und sogar gegen die Verfassung von 1988 verstoßen. Die Arbeitgeber sind die einzigen, die jubeln. Jetzt haben sie neue Möglichkeiten, die Arbeit nach ihren Wünschen zu gestalten (siehe weiter unten bei einzelnen Beispielen). Allerdings sehen auch sie, dass die Gesetze rechtlich nicht so einfach durchzusetzen sind. Vor Gericht könnte noch das eine oder andere gekippt werden.

Auch die ILO (International Labour Organisation) hat bereits ihre deutliche Kritik kundgetan. Die neuen Gesetze respektieren nicht die Vereinbarungen der ILO, die Brasilien unterzeichnet hat¹.

Missachtung der internationalen Arbeitskonvention

*Gewerkschaftszentralen stellten eine Anfrage bei der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT, Organização Internacional de Trabalho) zur Legitimität der von der Regierung Michel Temer ausgeklügelten Arbeitsreformen. In ihrem Antwortschreiben auf die Anfrage von sechs Gewerkschaftszentralen weist die OIT darauf hin, dass die Arbeitsreformen, denen der Senat am Dienstag, den 11. Juni zugestimmt hat, gegen eine Reihe internationaler Konventionen verstoßen, die einzuhalten sich Brasilien einst verpflichtet hatte. Der OIT zur Folge hätte die Gesetzesvorlage, bevor sie dem Kongress und dem Senat vorgelegt werde, der Konvention 144 folgen müssen. Diese Konvention legt fest, dass vor einem Gesetzentwurf eine Anhörung zwischen Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen und der Regierung stattgefunden haben muss, dessen Ziel das Finden eines größtmöglichen Konsenses ist.*

*In dem Schreiben stellt Corinna Vargha, die Direktorin der Abteilung für Internationale Arbeitsnormen der OIT fest, dass das Komitee der freien Gewerkschaften schon in früheren Fällen darauf verwiesen hatte, dass es verpflichtend ist, vor der Veränderung der Arbeitsgesetze mit Vertreter*innen sozialer Organisationen zu sprechen.*

Einzelne Beispiele für Änderungen mit den neuen Arbeitsgesetzen

- Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Unternehmer*innen können je nach Bedarf die Arbeitszeit verlängern: 12 Stunden pro Tag mit einer 36stündigen Pause (Erholzeit) danach, statt 8 Stunden bisher.
- Neue Urlaubsregelung. Der Urlaub kann in drei Perioden gewährt werden: Ein Block von zwei Wochen und 2 weitere Blöcke von minderten je 5 Tagen am Stück
- Arbeitsverträge. Diese können mit Belegschaften, aber

auch mit Einzelpersonen abgeschlossen werden

- Verträge mit Belegschaften und Einzelpersonen haben prinzipiell Vormacht gegenüber den bestehenden Gesetzen. Das heißt: die bestehenden Gesetze, besonders die zum Schutz der Beschäftigten, können durch solche Verträge unterlaufen werden.
- Entlassungen. Die Unternehmer*innen können leichter entlassen, ohne vorher mit den Gewerkschaften zu diskutieren und darüber eine Einigung zu erzielen
- Fremdvergabe und Leiharbeit (*Terceirização*). Diese galt bislang nur für die indirekten Bereiche eines Betriebes. Jetzt ist sie ausgedehnt auf alle Bereiche, auch auf die ganze Produktionskette. Das gilt für private wie auch für öffentliche Unternehmen wie Banken und Verwaltungen. Das bedeutet, dass die Stammbesellschaft ausgedünnt wird und dafür Fremdarbeiter*innen eingestellt werden, die weniger verdienen, weniger Rechte haben und leichter entlassen werden können.

Gewerkschaftssteuer

Die Gewerkschaftssteuer soll in der neuen Arbeitsgesetzgebung abgeschafft werden. Ihre gesetzliche Festlegung stammt noch aus der Zeit der Verkündung des Arbeitsgesetzbuchs (1943), das sich an die Carta del Lavoro des italienischen Faschismus anlehnte und bis heute gültig ist. Diese Regelung führte zur Gründung von vielen Einzelgewerkschaften. Die Gewerkschaft CUT war und ist gegen diese Steuer und für freiwillige Mitgliedsbeiträge. Welche Regelung zur Finanzierung der Gewerkschaften künftig gelten wird, ist noch offen.

Die Gewerkschaften wehren sich

Am 11. November 2016 versammeln sich Tausende von Arbeiter*innen landesweit vor ihren Fabriken, auf großen Plätzen und protestieren in einem Nationalen Kampftag vor allem gegen die vorgesehene Rentenreform und das Gesetz PEC 55. Dieses beschließt ein 20jähriges Einfrieren aller Ausgaben im öffentlichen Bereich, worunter vor allem das Schul- und das Gesundheitswesen leiden werden. Neben den Gewerkschaftszentralen nehmen auch soziale Bewegungen teil, die in den neuen Bündnissen namens Frente Brasil Popular (Brasilianische Volksfront) und Povo sem Medo (Volk ohne Angst) zusammengefasst sind.

In den ersten Monaten von 2017 werden die Machenschaften der konservativen Regierung immer deutlicher. Die Veränderung des Rentensystems wird große Nachteile für die lohnabhängig Beschäftigten mit sich bringen. „Die Regierung Temer will das Rentenalter auf 65 Jahre erhöhen. Bisher liegt es bei 55 für Frauen und 60 für Männer. Die minimale Beitragszeit

soll von 15 auf 25 Jahre erhöht werden und eine Rentenzahlung in Höhe des vollen Rentenbezugs wird nur möglich sein, wenn man 49 Jahre eingezahlt hat.“

Am 15. März kommt es zu einem weiteren Nationalen Aktionstag unter Beteiligung der Gewerkschaftsverbände und natürlich der Einzelgewerkschaften. Diese allerdings mit unterschiedlicher Intensität, wie Beobachter der Szene feststellen.

Gemeinsam beschließen die 9 Dachverbände einen ersten Generalstreik von 24 Stunden am 28. April. Brasilien steht an diesem Tag still. 40 Millionen Menschen haben an dem Streik teilgenommen. „Unsere Macht ist die Straße“ lautet die Devise.

Offensichtlich lässt sich Temer durch die bedeutsame Aktion nicht erschüttern und bringt neue Vorschläge in das Parlament und den Senat zur Abstimmung ein. Vor allem erregt die neue Regelung der Auslagerung (terceirização irrestrita = unbegrenzte Fremdvergabe) die Beschäftigten. Sie wird am 31. März zum Gesetz erhoben.

In der Gewerkschaftsbewegung kommt es zu einer Spaltung. Für einen zweiten Generalstreik am 30. Juni ziehen sich die zwei Dachverbände Força Sindical und UGT zurück, die eher für Verhandlungen waren. Dennoch wird auch dieser Tag ein voller Erfolg.

Inzwischen ist auch die sogenannte „Reform“ des Arbeitsrechtes am 13. Juli in der Regierung durchgesetzt und soll am 13. November in Kraft treten. Der Kampf der Gewerkschaften geht weiter.

Unterstützung aus Deutschland

Es hat aus Deutschland verschiedene Aktionen der Unterstützung (Solidaritätsbriefe, Weitergabe von Informationen) gegeben. So vor allem vom Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“, von den Vertrauensleuten des LKW Werkes in Wörth und dem Global Logistik Center in Germersheim. Auf Anregung des genannten Arbeitskreises hat auch der IG-Metall-Vorstand ein Solidaritätsschreiben rübergeschickt. Das alles ist noch weiter auszubauen. Geplant sind auch Veranstaltungen, in denen die Sicht der brasilianischen Kollegen verbreitet wird.

Wie geht es weiter?

Wie gesagt, werden die neuen Arbeitsgesetze am 13. November in Kraft gesetzt. Bis dahin wird es noch viele Möglichkeiten des Protestes und viele Auseinandersetzungen geben. Am 14. September wird es einen weiteren Nationalen Kampftag



Kein Recht weniger! - steht auf dem T-Shirt dieses Demonstranten
Quelle: MidiaNinja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)

geben, zu dem die Metaller*innen aller Gewerkschaften aufrufen, dies auch durch eine gemeinsame Zeitung.

Schlussbemerkung:

Die Gewerkschaften in Brasilien sind wichtige gesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen die neuen Gesetze der Regierung Temer aufstellen und vielerlei Aktivitäten entwickeln, die Basis motivieren und Widerstand leisten. Die neuen Gesetze dürfen nicht umgesetzt werden!

Die Wirtschaft ist immer globalisierter und zentralistischer aufgestellt. Dadurch werden die Belegschaften immer mehr gegeneinander als Konkurrenten ausgespielt. Deshalb ist das Ziel des Arbeitskreises „Solidarität statt Konkurrenz“. Die Verschlechterung der Arbeitsgesetze in Brasilien hat Auswirkungen u.a. auch auf unsere Arbeitsbedingungen. Deshalb stimmen wir mit unseren brasilianischen Kolleg*innen überein: Wir müssen uns gemeinsam gegen diesen Sozialabbau wehren. ■

* Fritz Stahl ist Mitglied im Arbeitskreis „Solidarität mit Brasilianischen Gewerkschaften“ im DGB Mannheim.

1 Estadão 11.7.2017, Reforma trabalhista viola convenções internacionais, diz OIT <http://economia.estadao.com.br>.

2 Informationsaustausch durch betriebliche Kontakte. Wir sind vor allem durch die Homepage der Metallgewerkschaft des ABC informiert. Darin besonders durch die Tribuna Metalúrgica www.smabc.org.br, der Zeitung der Metallgewerkschaft, die täglich (dienstags bis freitags) vor den Betrieben verteilt wird.

Wir bedienen uns ebenso der Homepage der Metallgewerkschaft CNM/CUT www.cnmcut.org.br, der CUT National www.cut.org.br und der CUT von São Paulo www.cutsp.org.br sowie der Gewerkschaft CONLUTAS www.sind-metalsjc.org.br.

Eine weitere Quelle ist www.amerika21.de

Am 5. November 2015 brach bei Mariana im Bundesstaat Minas Gerais ein Bergwerksdeponiebecken der Firma Samarco, deren Anteilseigner die brasilianische Firma Vale und die anglo-australische BHP Billiton sind. 62 Millionen Kubikmeter giftigen Schlamm fluteten den Fluss Rio Doce (=Süßer Fluß) auf gut 800km Länge. Das Dorf Bento Rodrigues wurde komplett zerstört, ähnlich erging es den Dörfern Paracatu de Baixo und Gesteira. 19 Menschen kamen dabei ums Leben. Zwei Jahre sind seit dem Dambruch vergangen, der von Brasiliens sozialen Bewegungen als das schlimmste Umweltverbrechen in der Geschichte des Landes bezeichnet wird. Zwei Jahre ist es nun her, dass die Bewohner*innen den Verlust ihrer Familienmitglieder, ihres Hauses, ja ihrer Heimat beklagen müssen. Und seit zwei Jahren warten sie auf Wiedergutmachung, auf Entschädigung, auf Gerechtigkeit.

Zwei Jahre nach dem Dambruch des Bergbaukonzerns Samarco warten die Menschen noch immer auf Gerechtigkeit

von Thomas Bauer*

Am ersten Jahrestag des Dambruchs war Monica, eine Bewohnerin des zerstörten Bento Rodrigues, angesichts der Katastrophe, die ihr Leben zerstörte, voller Wut, voller Zorn, aber auch voll Entschlossenheit. Nun, zwei Jahre nach dem Dambruch, klingt Monica leise und bedrückt. „Es hat sich kaum etwas verändert seit unserem letzten Treffen“, sagt sie. „Das ist wie ein riesiges schwarzes Loch, das wir unser ganzes Leben mit uns tragen werden. Wir haben alles verloren“, erzählt sie. Vom Wiederaufbau des von der Schlammlawine direkt betroffenen Dorfes ist nichts zu sehen. „Es gibt noch immer Unklarheiten in Bezug auf das Ersatzgrundstück, das vom Bergbaukonzern Samarco bereitgestellt werden muss.“ Das Ersatzgrundstück muss zuerst von der Gemeinde als Bauland umgewidmet werden. Alles geht nur schleppend voran. Zusätzlich gibt es Streitigkeiten wegen der Umweltauflagen. Die Verhandlungen zwischen der eigens für „Wiedergutmachung“ ins Leben gerufenen Stiftung RENOVA und den geschädigten Familien gehen nur zäh voran. Immer wieder versuchen die Verantwortlichen des Bergbaukonzerns über die Köpfe der Familien hinweg zu entscheiden. So auch, was den Wiederaufbau betrifft. Laut Aussagen verschiedener Familienangehöriger sollen die Häuser von einer Baufirma ge-

baut werden - unter Ausschluss der Betroffenen. Das ist einer der vielen Punkte, den die Menschen nicht akzeptieren wollen. Von Familien im nahegelegenen Barra Longa haben sie erfahren, dass die dort renovierten Häuser kurz danach schon wieder große Mängel aufwiesen.

Monica und ihre Familie wollen aber auf keinen Fall aufgeben. „Jedes Wochenende fahren wir nach Bento und übernachten im Haus meiner Tante, das nicht vom Schlamm zerstört wurde. Doch am liebsten würden die Verantwortlichen des Bergbaukonzerns das ganze Gebiet zum Sperrgebiet erklären.“ Das wäre eine zweite Vertreibung, sagen die Betroffenen. Zuerst kam der Schlamm und machte alles platt. Und nun sagt die Firma Samarco, dass das Gelände ja eh zerstört sei, also könnte die Firma doch in dem dortigen Talkessel gleich ein neues, noch größeres Rückhaltebecken für den Bergwerksschlamm

errichten. Das wollte die Firma Samarco übrigens bereits vor dem Dambruch. Doch die Bewohner*innen hatten sich damals geweigert. Nun versucht Samarco es erneut, die Zerstörung von Bento Rodrigues sei ja nicht rückgängig zu machen, also sei es doch so das Beste, so Samarco. Nur dem Widerstand der betroffenen Familien aus dem über 300 Jahre alten Dorf ist es zu verdanken, dass es bis heute noch nicht dazu kam.

Besonders hart trifft die Betroffenen, dass sie sich nach zwei Jahren gegenüber der Verantwortlichen des Bergbaukonzerns SAMARCO und der Stiftung RENOVA immer noch rechtfertigen und ständig beweisen müssen, was sie verloren haben. Zudem will SAMARCO nur diejenigen akzeptieren, die nachweisen konnten, dass sie von der Schlammlawine direkt betroffen sind. Noch heute gibt es somit unzählige Familien, die ihr Einkommen verloren haben und nicht im Programm der SAMARCO aufgenommen wurden. Somit stehen ihnen keine monatlichen Notfallzahlungen zu, solange bis die Entschädigungsfragen zwischen den Betroffenen mit Mithilfe der Staatsanwaltschaft vor Gericht geklärt sind.

Die kleine Sofia, Tochter von Simone aus Barra Longa, ist eines von vielen Kindern in der Stadt, die mit schwerwiegenden Gesundheitsproblemen zu kämpfen hat. Seit sie den Staub des ausgetrockneten, überall herumliegenden Schlammes einatmet, hat sie Allergien und schweren Husten. „Nach langem Kampf und der Veröffentlichung einer Studie von Greenpeace übernimmt SAMARCO nun wenigstens die Kosten für den Arztbesuch und die Medikamente gegen die Allergie und den ständigen Husten“, berichtet ihre Mutter Simone. Aber das ist nur ein geringer Teil der monatlich anfallenden Mehrkosten. Um der von chronischem Husten betroffenen Sofia die Nacht

halbwegs ertragbar zu gestalten, musste die Familie einen Luftbefeuchter anschaffen. Dadurch sind die Stromkosten ihres Haushaltes um das Vierfache angestiegen. Wer soll das bezahlen?

Simone selbst kommt eigentlich aus dem Nachbardorf Gesteira. Ihre Großmutter lebte dort, als der Schlamm sich seinen Weg bahnte und auch vor ihrem Haus nicht halt machte. Entschädigung und Wiedergutmachung für die Bewohner von Gesteira? Es zeigt sich ein ähnliches Bild wie in Bento Rodrigues. Die Sitzungen und Verhandlungen zwischen den Betroffenen und Verantwortlichen der Stiftung RENOVA sind zermürbend. „Über ein Jahr wollten uns die Verantwortlichen der Stiftung klar machen, dass der Besitzer des für den Ersatzbau ausgesuchten Grundstücks nicht bereit war, es zu verkaufen“, so Simone. Dies stellte sich allerdings als Lüge heraus. Denn der Besitzer des Grundstückes sagte, er wolle ja verkaufen. Die Firma spielt offensichtlich auf Zeit und will so den Preis drücken – und die Menschen zermürben.

Dies ist eine von den Konzernen bevorzugte Strategie. So versuchen die Anwälte der SAMARCO alle Gerichtsverfahren nicht mehr in Mariana, sondern gleich direkt am Obersten Gerichtshof in Brasília abzuhalten. Falls dies geschieht, so erwarten Monica und viele der Betroffenen nichts Gutes. Sie haben in den letzten zwei Jahren immer wieder mitbekommen, wie über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde. Und den Gerichten trauen die Bewohner*innen schon gar nichts mehr, seitdem im August dieses Jahres der Prozess gegen die 22 für den Dambruch verantwortlichen Manager und gegen die vier Firmen, SAMARCO, VALE, BHP Billiton und VogBR, nach einem formalen Einspruch der Rechtsanwälte suspendiert wurde.

Der Fischer Juliano lebt mit seiner Familie am Rio Doce, dort wo die Flüsse Piranga und Carmo zusammentreffen und den Rio Doce formen. Juliano war es vor vier Jahren gelungen, sich offiziell als Fischer registrieren zu lassen. „Für mich war das sehr wichtig, denn ich habe ein schwerbehindertes Kind, das unsere gesamte Aufmerksamkeit und Pflege braucht.“ Aus diesem Grund konnte er auch keiner geregelten Arbeit nachgehen und schlug sich als Hilfsarbeiter durch. Der Fischfang sollte es ihm ermöglichen, seine Familie zu ernähren. Ein Traum, der von den Schlammmassen innerhalb weniger Sekunden komplett zerstört wurde. „Alles was wir früher gerne gemacht haben, haben wir verloren. Der Fluss ist tot.“ Zuerst wollte der Bergbaukonzern SAMARCO

die Fischer mit einer Entschädigung zwischen umgerechnet 10-18.000 Euro abfinden. Doch dies akzeptierten die Fischer nicht und gingen vor Gericht, obwohl sie wissen, dass diese Gerichtsverfahren Jahrzehnte dauern können. Mittlerweile sei, so Juliano, „der Fischfang exotischer Arten wieder erlaubt, aber wer will diese Fische essen? Wir wissen doch bis heute nicht, ob und mit was das Flusswasser, die Fische kontaminiert sind“. Laut einer dieses Jahr veröffentlichten Studie der Bundesuniversität von Espírito Santo UFES hat sich die Situation des Rio Doce, nachdem sich der giftige Schlamm im gesamten Flusstal abgesetzt hat, verschlimmert: Der Eisengehalt hat sich verdoppelt, die Manganwerte verdreifacht, die Aluminiumwerte sogar vervierfacht. Zusätzlich kam es zu einem Rückgang um 40% der Artenvielfalt und großer Mengen an Plankton-Typen und Mikroalgen, die die Basis der Nahrungskette vieler Flusswesens und Fische bilden. Bislang weiß noch niemand, welche Auswirkungen der Schlamm und die in ihm enthaltenen Schwermetalle im Wasser, in den Sedimenten, am Ufer, im Grundwasser, in den Fischen und später dann, am Ende der Nahrungskette im Menschen für Gesundheitsfolgen auslösen wird.

Diese Lebensgeschichten stehen stellvertretend für Tausende von betroffenen Familien im Flusstal des Rio Doce. Der Schlamm hat ihre Hoffnungen und Lebensräume entlang des Flusses begraben. Auf Gerechtigkeit hofft hier schon niemand mehr. ■

* Thomas Bauer ist Mitarbeiter der Landpastoralkommission (CPT) in Bahia.

Freiheit! - Zu verkaufen

Quelle: MidiaNinja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)



Der internationale Blick auf Amazonien konzentriert sich auf die Entwaldung. Die jährlich veröffentlichten Zahlen werden weltweit zur Kenntnis genommen, und der erneute Anstieg der Entwaldung hat Besorgnis erregt. Dabei werden in der Regel Viehzucht und Sojaanbau als die wichtigsten Treiber benannt. Mauricio, du zeichnest nun ein etwas anderes Bild, wenn du sagst, dass „grilagem“, also die illegale Aneignung von Land, die Dynamik der Entwaldung strukturiert.

Schaut man sich an, wer in den letzten Jahren für Entwaldungen bestraft oder verurteilt worden ist, sieht man, dass viele von ihnen entweder kein einziges Rind besitzen oder die Viehzucht nur eine Art Nebenerwerb ist. Geld verdienen sie mit dem Raub von öffentlichem Land und die Entwaldung dient der Aneignung dieses Landes. Der Gewinn entsteht durch den Verkauf des Landes nicht durch dessen Nutzung. Genau das ist es, was wir mit „grilagem“ bezeichnen.

Die wahren Akteure hinter der Entwaldung

Interview mit dem in Santarém lebenden Geographen Maurício Torres

von Thomas Fatheuer*

Wer sind die Akteure dieser Prozesse?

Aufgrund einiger erfolgreicher Aktionen der staatlichen Behörden können wir sehen, dass es kriminelle Gruppen sind, die sich auf grilagem spezialisiert haben. Das Beispiel Ezequiel Castanha ist sehr illustrativ. Er ist eine der größten individuellen Entwalder in der jüngeren Geschichte Amazoniens. Er besitzt kein einziges Rind, aber verfügt über GPS-Spezialisten um Karten anzufertigen, über Rechtsanwälte und Gehilfen, um dubiose Prozesse für die Legalisierung seiner Ansprüche auf das Land anzuzetteln und über lokale Kräfte, die die Abholzung organisieren. Fassen wir zusammen: Sein Geschäft ist es, sich Land anzueignen, zu entwalden und es dann mit enormen Gewinn zu verkaufen. Land ohne Wald ist bis zu 200 mal teurer als Land mit Wald.

Aber all dies ist doch völlig illegal. Wir kann dies in so großem Ausmaß in der Illegalität funktionieren?

Ja, das ist nicht einfach zu erklären. Es gibt eine unglaubliche Banalisierung des Verbrechens. In gewisser Weise ist grilagem gesellschaftlich akzeptiert. Grileiros gelten oft als Zivilisationsbringer, als Pioniere, als Menschen mit

Unternehmensgeist und Geschäftssinn. Das hat mit der Geschichte Brasiliens zu tun, die auch eine Geschichte der Eroberung von Land ist. Und eine zentrale Lehre dieser Geschichte ist: Was zunächst illegal ist wird später legalisiert. Illegalität erzeugt neue Legalität. Daher das große Vertrauen, sich ungestraft Land illegal aneignen zu können.

Welche Stellenwert hat in diesem Kontext denn die Reform des Waldgesetzes unter der Regierung Dilma Rousseff, die ja eine Amnestie für Entwaldung vor 2008 beinhaltet.

Das verstärkt genau den Prozess, den ich gerade benannt habe. Die illegalen Aktivitäten werden mit der Aussicht vorangetrieben, dass es irgendwann eine Amnestie gibt. Der Reform des Waldgesetzes war aber nur ein Element von verschiedenen Initiativen der letzten Jahre. In diese Reihe gehört auch das Programm Terra Legal der Regierung Lula, das die Legalisierung von illegalen Landnahmen bis zu einer Größe von 1500ha ermöglichte und damit eben nicht primär – wie ursprünglich angekündigt – kleine Landbesitzer („posseiros“) begünstigte, mit ihrem legitimen Anspruch auf eine Landtitel. Terra Legal hat die Figur des legitimen posseiros mit der des grileiros vermischt.

Das neue Waldgesetz von 2012 sieht aber auch etwas vor, dass viele für eine Lösung des Problems halten, das Cadastramento Ambiental Legal CAR. Es sieht vor, dass alle Landbesitzer eine Umweltlizenz für ihr Eigentum erwirken müssen, die die Situation bezüglich der brasilianischen Umweltgesetzgebung offenlegt. Also auch illegale Entwaldungen zeigt. Könnte das CAR ein Anfang für eine neue Legalität in Amazonien sein?

Im Gegenteil. Aufgrund der Ergebnisse meiner Feldarbeit kann ich versichern, CAR gibt der grilagem neue Impulse, beschleunigt sie. Du hast gesagt, der Eigentümer müsse ein CAR machen. Wenn es denn so wäre! Jeder kann ein CAR machen, auch ein grileiro.

Um eine CAR zu machen, muss man also nicht nachweisen, dass man der legitime Eigentümer des Grundstückes ist.

So absurd es erscheinen mag, nein! Auch Du könntest einfach ein CAR für Land in Amazonien beantragen. In einem ersten Schritt erteilt die zuständige Umweltbehörde eine provisorische Lizenz. Dies dient schon als Instrument der Bodenspekulation und wird gehandelt. Also, ein grileiro beansprucht Land, erstellt ein CAR und hat nun eine offizielles Dokument. Mit diesem beansprucht er den Besitz und beginnt zu verkauf-

fen. In meinem Buch zeige ich Beispiele dieses Vorgehens, Anzeigen kann man im Internet finden.

Habe ich das richtig verstanden: in dieser Sicht ist CAR kein Mittel für Legalität, sondern eher ein Instrument der grilagem. Das Heilmittel wird zum Gift.

Ganz Genau. CAR funktioniert für die Kleinbesitzer, die auf Legalität angewiesen sind, die es brauchen, um Zugang zu staatlichen Krediten zu bekommen. Aber die machen etwa 15% der Fläche Amazoniens aus. Der Schaden, den CAR als neues Instrument der grilagem anrichtet, ist viel größer als der Nutzen.

Die Verteidiger des CAR behaupten, alle Probleme können in einer zweiten Etappe behoben werden, bei der die Situation der Landrechte von jeder Lizenz überprüft werden.

Das ist reine Augenwischerei. CAR ist ein Dokument, das in der unübersichtlichen Lage Amazoniens einfach als ein neues Instrument dient, auch rechtlich zweifelhafte Ansprüche auf Land anzumelden.

Trotz des besorgniserregenden Bildes, das du hier zeichnest, endet Dein Buch mit dem Wort Optimismus. Woher nimmst Du noch diesen Optimismus.

Mein Optimismus beruht darauf, dass trotz alledem Kleinbauer*innen, Indigene und traditionelle Gemeinschaften Widerstand leisten, dass sie für ihr Land und für ihre Rechte kämpfen. Ihr Widerstand macht mich optimistisch. ■

* Dr. Maurício Gonsalves Torres ist Geograph, lebt in Santarém und setzt sich seit über zehn Jahren in Amazonien für die Landrechte kleinbäuerlicher und traditioneller Gemeinschaften ein. Er ist der Herausgeber des viel beachteten Sammelbands „Amazonia revelada“. Sein letztes Buch „Não tem essa lei no mundo, rapaz!“ (2014) hat er mit der Anthropologin Daniela Alarcon geschrieben.

Die Klimaleugner der Tat

In der internationalen Klimapolitik hat es sich Trump auf der Anklagebank bequem gemacht. Der Wirbel um den US-amerikanischen Präsidenten lenkt aber von den schlimmsten Klimaleugnern ab: den Politiker*innen, die Klimawandel nicht leugnen, das Pariser Abkommen unterschreiben, dann aber nichts tun, um eine Politik umzusetzen, die CO2 Emissionen wirklich reduziert. Dies trifft sicherlich nicht nur auf die derzeitige brasilianische Regierung zu, aber eben auch auf sie.

Es kann nicht überraschen, dass Klimapolitik in Brasilien zur Zeit keine Priorität besitzt. Temer hat andere Sorgen und der Horizont seines Denkens wird kaum über das Ende seiner Amtszeit 2018 hinaus gehen.

Immer noch ist die brasilianische Klimapolitik durch das sehr spezifische Profil seiner Emissionen bestimmt: etwa 42% der brasilianischen Emissionen sind durch Entwaldung verursacht, weitere 23% durch Landwirtschaft (Jahr 2015). Um in der UN Sprache zu sprechen: land use and land use change machen etwa 2/3 der brasilianischen Emissionen aus. Laut dem brasilianischen Forschungsinstitut Imazon sind davon 76% mit der Viehzucht verbunden.

Der zweite grundlegende Faktor in der brasilianischen Klimapolitik ist die drastische Reduzierung der Entwaldung zwischen 2004 und 2009. Diese Reduzierung bedeutet natürlich auch eine gewaltige Verringerung der CO2 Emissionen. Bei den Berechnungen der brasilianischen Klimaziele fließt diese Reduzierung natürlich immer mit ein. Das Resultat ist paradox: Brasilien kann sich immer noch als das Land verkaufen, dass die größte Reduktion von CO2 in der Geschichte der Menschheit geschafft hat – um dann nichts mehr zu tun. Tatsächlich sind in allen andern Bereichen (Energie, Industrie) die Emissionen in den letzten Jahren angewachsen – aber aufgrund des Waldes bleibt die Gesamtbilanz positiv.

Anders ausgedrückt: die Reduzierung im Bereich der Entwaldung hat der Regierung eine Art Überziehungskredit verschafft, der nun in anderen Bereichen (insbesondere Energie, zu dem auch Verkehr gerechnet wird) munter verbraten wird. Dieses Modell läuft aber aus. Seit 2009 sinkt die Entwaldungsrate nicht mehr, sondern schwankt zwischen 5.000 km² und 7.000 km². 2016 lag der Wert mit 7.989 km² sogar leicht über dem von 2009 (7.464). Um die brasilianischen Klimaziele zu erreichen, müsste dieser Wert aber deutlich und dauerhaft unter 5.000 km² sinken, um sich der Marke von 3.000 km² anzunähern. Davon ist Brasilien weit entfernt. Hier wird nun das Drama der Nicht-Klimapolitik der Regierung Temer virulent: Die drastischen Einsparungen bei den Umwelt- und Indigenenbehörden, die Verringerung von Schutzgebieten und andere Gesetzesvorhaben unterminieren den Schutz der Wälder Amazoniens und gefährden die Zukunft indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften. Die Klimapolitik ist dabei lediglich ein Kollateralschaden, der in der brasilianischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.

* Im Brasilicum #237 haben wir uns ausführlich mit Brasiliens Umwelt- & Klimapolitik beschäftigt. Die Ausgabe kann in der Geschäftsstelle bestellt werden oder auf der Website als PDF heruntergeladen werden.

Im Juli legte die zivilgesellschaftliche Arbeitsgruppe für die Agenda 2030 (GTSC A2030) dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen in New York einen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 in Brasilien vor. Der Schattenbericht dient als Gegengewicht zum von der brasilianischen Regierung beim jährlichen High-Level Political Forum der UN in New York vorgelegten sogenannten Voluntary National Review (VNR), um auf Schwächen und Herausforderungen der staatlichen Strategie hinzuweisen sowie ein ausgewogeneres Bild der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) zu skizzieren. Der Bericht, der sich auf 7 SDGs konzentriert, liefert extrem besorgniserregende Daten in Bezug auf folgende Herausforderungen:

Der steinige Weg zur Umsetzung der Agenda 2030 in Brasilien

von Jan Erler*

- Beendigung der Armut und des Hungers;
- Gewährleistung sozio-produktiver Inklusion;
- Sicherstellung eines gesunden Lebens;
- Erreichung von Geschlechtergleichheit;
- Aufbau einer belastbaren, für alle zugänglichen Infrastruktur;
- Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Industrialisierung und Unterstützung von Innovationen;
- Schutz mariner Ökosysteme.

Wenige Schritte wurden bisher zur Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren insgesamt 17 Zielen und 169 Maßnahmen realisiert. Die Implementierung der SDGs koordiniert in Brasilien das Präsidialsekretariat (SEGOV). Als wichtigen positiven Schritt zur Verwaltung der Implementierung hebt der Bericht 2016 die Schaffung der Nationalen SGD-Kommission hervor, die eine der Forderungen der GTSC A2030 war. Die Nationale SGD-Kommission dient als kollegiales und beratendes Gremium zur Überwachung, Internalisierung und Verbreitung der Umsetzung der Agenda 2030. Bis heute ist die SDG-Kommission als Mechanismus, der sich zu gleichen Teilen aus Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Regierung zusammensetzt, in Lateinamerika einmalig. Des Weiteren wird auch die Gründung der gemischten Parlamentarier*innengruppe zur Unterstützung der SDGs (Frente Parlamentar Mista de Apoio aos ODS), die Maßnahmen zur Verstärkung der Umsetzungsinstrumente der Agenda diskutieren und vorschlagen soll, als positiv gewertet. Die Schaffung der Kommission und der Parlamentarier*innengruppe reichen jedoch nicht aus, solange es an Transparenz, Zugang zu

Informationen, wirklicher Partizipation der Zivilgesellschaft, Regulierung und Kontrolle zentraler Bereiche fehlt.

Bis zum Impeachment von Dilma Rousseff versuchte die Regierung, die SDGs und ihre Unterziele mit dem Vierjahres-Plan der Regierung (PPA) vereinbar zu machen. Der PPA ist Grundlage für das jährliche Budget und Hauptreferenz für andere nationale und sektorale Pläne. Der gegenwärtige PPA stammt noch aus der Zeit der Rousseff-Regierung. Viele der Maßnahmen, insbesondere solche, deren Ziele und Indikatoren mit den SDGs abgestimmt sind, wurden unter zivilgesellschaftlicher Partizipation entworfen. Das Problem liegt für Cardoso, Custódio David und Pietricovsky vom Institut für sozio-ökonomische Studien (INESC), die an dem Bericht

mitgewirkt haben, nicht in der Unfähigkeit der staatlichen Institutionen oder der Exekutive, die SDGs zu verwirklichen. Die derzeitige Regierung stelle einfach nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Die neoliberale Agenda der Temer-Regierung hat verbunden mit politischen Reformen wie etwa bei der Arbeitsgesetzgebung oder der Sozialversicherung, Budgetkürzungen, Privatisierungen in grundlegenden Sektoren und Flexibilisierung von Umweltlizenzierungsverfahren für Großprojekte den Abbau des Sozialstaates und eine Demontage hart erkämpfter Rechte zur Folge. Unter dem Vorwand von Haushaltsanpassungen werden die wenigen Programme, die Brasiliens historische Ungleichheiten aufzubrechen und die Armut im Land zu bekämpfen suchen, beschnitten oder ganz abgeschafft. Laufende Prozesse zur Umsetzung von Rechten werden gekappt. Gleichzeitig werden Institutionen und Programme zur Anerkennung von Rechten historisch benachteiligter und wenig beachteter Bevölkerungsgruppen abgebaut.

Als großer Rückschritt im Hinblick auf Rechte und die Umsetzung der SDGs wird von sozialen Bewegungen die von der Temer-Regierung durchgesetzte Verfassungsänderung 95 (EC 95) gesehen. Die Verfassungsänderung beschneidet die öffentlichen Ausgaben für die nächsten 20 Jahre und priorisiert so die Rückzahlung der Staatsschulden vor Sozialprogrammen. Damit erfuhren 2017 fast alle Politikbereiche Einschnitte in Bezug auf ihre finanziellen Mittel. Daten von INESC zeigen, dass insbesondere solche Funktionen, Organe und Programme stark von Kürzungen betroffen waren, die sich den besonders verwundbaren und benachteiligten Gruppen der Bevölkerung widmen. Von allen Funktionen im Staatshaushalt wurde bei den „Bürgerrechten“ am drastischsten gekürzt: um 37,1 Prozent, von R\$ 2,6 Mrd. in 2016 auf R\$ 1,6 Mrd. in 2017. Dem Bericht zufolge wird seit 2016 die Umsetzung des SDG 1

"Armut beenden" durch die Veränderungen der politischen Prioritäten erschwert. Die geplante Reform des Sozialversicherungssystems benachteilige vor allem Arbeiter*innen mit geringem Einkommen gegenüber Personen mit höherem Einkommen. 2014 profitierten von der Sozialversicherung 78% der älteren Menschen, was die Armut in dieser Altersgruppe reduzierte; das Benefício de Prestação Continuada (BPC), eine finanzielle Hilfe für ältere Menschen und Menschen mit besonderen Anforderungen oder Behinderungen, mache fast 80% des Haushaltsbudgets der begünstigten Familien aus und sei in 47% der Fälle das einzige Haushaltseinkommen. Mit der Reform der Sozialversicherungssystems drohe insbesondere vielen älteren Brasilianer*innen der Abstieg in die Armut.

Veränderungen in der Arbeitsgesetzgebung stünden für das Motto „Geschäft geht vor Gesetz“ und könnten in Zeiten der Krise Verluste für Arbeitnehmer*innen bedeuten, insbesondere durch die neue Regelung des Outsourcings am Arbeitsmarkt. Neben den Reformen des Sozialversicherungssystems und der Arbeitsgesetzgebung nennt der Schattenbericht noch die Steueranpassung seit 2015 als Hinderungsgrund für die Erreichung des SDGs 1 - „Armut beenden“.

Eine besonders desillusionierende Kernaussage des Berichtes bezieht sich auf SDG 2 – Kein Hunger und nachhaltige Landwirtschaft. In den letzten Dekaden hatte Brasilien v.a. durch Umsetzung von Sozialprogrammen wie fome zero und bolsa familia bedeutende Fortschritte in der Schaffung des Zugangs zu Nahrungsmitteln für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen gemacht. Das aktuelle Szenario sei jedoch diesbezüglich ein Rückschlag: die Prioritäten der Temer-Regierung und die Stärke der Parlamentarier*innenfraktion des Agrobusiness im Nationalkongress gäben ständig Anlass zur Sorge. Die Folgen des Einfrierens der Sozialausgaben, die Reformen der Sozialversicherung und der Arbeitsgesetzgebung führten zur Verhinderung des Zugangs zu Nahrungsmitteln für die Ärmsten, erneutem Auftreten von Ernährungsunsicherheit und schafften einen institutionellen Rahmen mit schlechten Voraussetzungen für die notwendige Transformation hin zu einer ausreichenden und gesünderen Ernährung. Des Weiteren seien die Angriffe auf die Landrechte indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften besorgniserregend. In Anbetracht dieser Entwicklungen drohe Brasilien auf die Welthungerkarte des World Food Programmes zurückzukehren.



Streikende in São Paulo

Quelle: MidiaNinja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Auch in Bezug auf Frauenrechte und Umsetzung von SDG 5 – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung - ist die Lage laut Bericht wenig zuversichtlich. Programme, die Frauen in Gewaltsituationen Hilfe anbieten, haben extreme Budgetkürzungen erfahren. So das Programm „Politik für Frauen: Gegen Gewalt angehen und Autonomie fördern“, dessen Budget in nur einem Jahr um R\$ 5,5 Millionen, damit um 52 %, gekürzt wurde. Das mit der Ausführung von Gleichstellungspolitik beauftragte staatliche Organ, das Sekretariat für Frauenpolitik, wurde demontiert und dem Justizministerium zugeordnet. Unter der aktuellen Regierung besitzt dieses Thema keine Priorität.

Was die Erreichung von SDG 3 – Gesundheit für alle Menschen jeden Alters und ihr Wohlergehen fördern angeht, liefert der Bericht wenig Anlass für Optimismus. Das mit der Verfassung von 1988 eingeführte einheitliche Gesundheitssystem (Sistema Único de Saúde – SUS) werde durch administrative und politische Ineffizienz zugunsten privater Gesundheitsunternehmen und zum Nachteil der Menschenrechte ausgehöhlt. 2017 wurden zur Finanzierung des SUS nur 4 % des Gesamthaushaltsplans von der Regierung zur Verfügung gestellt. Dies führe u.a. zu einem erneuten Anstieg von Krankheiten wie HIV/AIDS und machten die Ausrottung von anderen wie Tuberkulose und Malaria in bestimmten Regionen unmöglich. Es fehle zudem an ausreichenden Investitionen in die Forschung, um saisonal auftretende Epidemien von Zika, Chikungunya und Dengue rechtzeitig aufhalten zu können.

Die aktuelle Politik der Temer-Regierung ist geprägt von der Deckelung sozialer Ausgaben und erheblichen Mittelkürzungen bei vielen staatlichen Organen. Beschlossen werden Reformen,

die zu sozialer Exklusion führen, Ungleichheiten verstärken und das Staatsvermögen Privatisierungsprozessen preisgeben. Angesichts dieser Politik wird es ein langer und hindernisreicher Weg bis zur Umsetzung der Agenda 2030 in Brasilien.

Richten wir den Blick auf uns, stellt sich die Frage, wo wir hierzulande mit der Umsetzung der Agenda 2030 bisher stehen. Einblicke darüber liefert der Schattenbericht „Großbaustelle Nachhaltigkeit. Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“, der von Vertreter*innen der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft erstellt wurde. Dieser konstatiert, dass wir hierzulande noch lange nicht auf einem Weg zu nachhaltigen Lebensweisen sind, „sowohl in sozialer (Stichworte Ungerechtigkeit und Armut, in ökonomischer (Energiepolitik und Infrastruktur), als auch ökologischer Hinsicht (u.a. Feinstaubbelastung, Zustand der Ökosysteme).“ Zudem stellten eine zunehmende Gewaltbereitschaft und Polarisierung (Extremismus und Populismus) die Prinzipien „Frieden“ und „Partnerschaft“ in Frage. Die Art und Weise unseres Zusammenlebens, unserer Produktion und unseres Konsums habe Auswirkungen auf Menschen anderswo auf der Welt. Unser Ressourcenverbrauch, unser Ausstoß von Klimagasen, aber auch Themen wie Agrarpolitik oder Außenhandel hinterließen einen größeren „Fußabdruck“ in der Welt, als uns zusteht. Deutschland werde seiner internationalen Verantwortung u.a. in den Bereichen der Entwicklungspolitik, globale Wirtschafts- und Umweltpolitik nicht gerecht.

■

* Jan Erler arbeitet in der Geschäftsstelle von KoBra in Freiburg.

Historischer Kampf der Guarani und

Kaiowá

Seit kolonialer Zeit widerstehen die Ureinwohner*innen von „Pindorama“¹ dem Raub ihres Landes. Für die indigenen Völker ist sowohl die systematische Vertreibung aus ihren Territorien als auch der Völkermord ein direktes Ergebnis der Kolonialisierung und der ihr folgenden Ausbeutungen von Menschen und Natur. Letzteres wurde vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts durch institutionelle Maßnahmen der Regierung verschärft, die darauf abzielten, die Ureinwohner*innen Brasiliens zu „zivilisieren“. Davon betroffen waren insbesondere die Guarani und Kaiowá (GK) im Bundesstaat Mato Grosso, von dem Ende der 1970er Mato Grosso do Sul (MS) abgespalten wurde.² Die Bildung von Reservaten durch den „Dienst zum Schutz von Indigenen“ (Serviço de Proteção ao Índio – SPI, der Vorläufer der heutigen Indigenenbehörde FUNAI) zum Anfang des 20. Jahrhunderts führte bereits de facto zur Isolierung und Dezimierung indigener Gruppen. Die von Indigenen „befreiten“ Ländereien wurden der Privatinitiative zur Ausbeutung übergeben, was im Normalfall bedeutete: Rodung gefolgt von Monokulturen aus Soja und Zuckerrohr.

Der Kampf der Guarani und Kaiowá Brasiliens: Vom Widerstand vor Ort bis zur internationalen Solidarität

von Felipe Bley Folly und Angélica Castañeda Flores*

Derzeit kämpfen ca. 45.000 Guarani in MS um ihre Territorien – genannt *tekohá*. Das schwer aus dem Guarani übersetzbare Konzept *tekohá* umfasst nicht nur ein Stück Boden zum Anbauen und Wohnen, sondern geht weit darüber hinaus. Zum *tekohá* gehören die Menschen, der Boden, die Wälder, die Felder, das Wasser, die Luft, die Tiere, die Pflanzen, die Heilpflanzen und in ihm wird die Vielfältigkeit ihrer Kultur und ihrer menschlichen Beziehungen gelebt. Zusammengefasst und übersetzt: *tekohá* ist der Raum (-ha), indem die Guarani ihre Kultur und Lebensweise (*teko-*) leben.³ Die brutale Expansion des Agrobusiness in Mato Grosso do Sul – durch Soja-, Zuckerrohr-, Maisplantagen und Viehzucht –, besonders seit den 1970er Jahren, hat den Überlebensraum der GK drastisch verringert und ihnen ihr *tekohá* systematisch entrissen. Das alles geschieht mit direkter Unterstützung von Abgeordneten, die die Interessen der *ruralistas* – der sogenannten Großgrundbesitzer*innen – sowohl auf Landes- als auch auf

1 Die GTCS A2030 – Grupo de Trabalho da Sociedade Civil para Agenda 2030 überwacht die Implementierung des SDGs und wurde 2014 gegründet. Sie besteht aus über 40 Mitgliedern brasilianischer NGOs, sozialer Bewegungen, Foren und Stiftungen.

2 Relatório Luz do GTSC para Agenda 2030 de Desenvolvimento Sustentável – Síntese, verfügbar unter: http://brasiliadefato.com.br/wp-content/uploads/2017/06/Sintese_FINAL_PRINT_v3.pdf

3 Cardoso, A., Custódio David, G. & Pietricovsky de Oliveira, I. (2017): Utopia or Dystopia. The Sustainable Development Goals in Brazil and in the World. Instituto de Estudios Socio-económicos – INESC, verfügbar unter: <http://www.socialwatch.org/sites/default/files/2017-SR-BRAZIL-eng.pdf>

4 Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017. Berlin/Bonn/Köln, September 2017, verfügbar unter: <https://www.2030report.de/de>

Bundesebene vertreten. Die *ruralistas* repräsentieren ca. ein Drittel des Nationalkongresses in Brasília – d.h. mehr als 170 von 513 Abgeordneten – und bilden dadurch die „Großgrundbesitzer*innen Fraktionssitzung“, die z.B. verantwortlich ist für die PEC (Verfassungsänderungsvorschlag) 215 und die sog. „Stichtagsregelung“ (Port. *Marco Temporal*) – zwei Initiativen, die die Anerkennung und Demarkation von indigenen Territorien verhindern bzw. sogar rückgängig machen wollen.⁴

Strategien des Widerstandes vor Ort

Um ihr *tekohá* wiederherzustellen, organisieren sich die Guarani und Kaiowá und entwickeln zusammen mit anderen Völkern der Nation Guarani und mit verschiedenen Partnern Strategien des Widerstands. Diese beinhalten Aktionen, die politischen Druck gegenüber dem brasilianischen Staat ausüben sowie Besetzungen ihrer angestammten Territorien, die durch illegale Mittel und mit Duldung des brasilianischen Staates entweder an Großgrundbesitzer*innen vermarktet wurden oder ihnen schlicht weggenommen worden sind. Da der brasilianische Staat ihr Recht auf Land, das in der brasilianischen Verfassung von 1988⁵ verankert ist, nicht garantiert, haben sich einige Gruppen der Guarani und Kaiowá seit den 1990er Jahren ihre *tekohás* bzw. Teile davon zurückgeholt durch sog. *retomas* (Rückeroberungen). Die *retomas* finden immer noch statt, vor allem wenn Demarkationsprozesse vom Staat verschoben bzw. missachtet werden. Ihre Aktionen werden jedoch von den Medien und vom Staat kriminalisiert – vor allem als Verletzung gegen das Eigentum der Großgrundbesitzer*innen. Darüber hinaus generieren die *retomas* gewalttätige Reaktionen seitens der Großgrundbesitzer*innen (*fazendeiros*), die private Milizen anheuern, um die GK Gemeinden zu terrorisieren. Sehr oft enden solche gewaltsamen Übergriffe mit Tötungen und schweren Verletzungen der Guarani und Kaiowá.⁶ Die wachsende Gewalt gegen die GK in Mato Grosso do Sul – nach CIMI⁷ wurden allein 2015 20 Morde an GK in der Region registriert –, die weitere Expansion der Plantagen und der Mangel an staatlicher Sozialpolitik für die Indigenen der Region trieben die GK in eine katastrophale Lage. Da diese Situation immer unhaltbarer wird, organisieren sich die GK zusammen mit nationalen und internationalen Organisationen, um mehr Aufmerksamkeit – vor allem durch Lobbyarbeit – von der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen. So wird der brasilianische Staat aufgefordert, seine Menschenrechtspflicht den Guarani und Kaiowá gegenüber zu erfüllen.

Internationalisierung des Kampfes

Schon in den 80er Jahren hatte der Cacique Guarani Marçal de Souza begonnen, die Extremsituation, in der die GK leben müssen, vor der internationalen Gemeinschaft anzuklagen, was ihm am Ende sein Leben gekostet hat. Nach zahlreichen Bedrohungen wurde Marçal de Souza 1983 von *fazendeiros* ermordet.⁸ Seitdem ist die internationale Aufmerksamkeit für die Situation der Guarani und Kaiowá gestiegen. Dennoch ist der brasilianische Staat weit davon entfernt, die Grundrechte der GK zu respektieren, zu schützen und umzusetzen. So liegt zum Beispiel die Unterernährung von Kindern der GK und die Kindersterblichkeit in den GK Gemeinschaften weit über dem Bundesdurchschnitt – da der Zugang zu Land, Wasser und Nahrung vom Agrobusiness zunehmend verhindert wird.⁹

Zwei UN Missionen wurden – als Ergebnis der Lobbyarbeit der GK – von dem/der Sonderberichterstatter*in für die Rechte indigener Völker (2008 bzw. 2016) organisiert, die GK-Gemeinden in Mato Grosso do Sul besuchten. Diese konnten beweisen, wie sich die Lage in der Region verschlechtert hat.¹⁰ In den letzten Jahren wurden zudem sog. „Speakers Touren“ in Europa durchgeführt. Diese trugen dazu bei, mit Mitgliedern des Europaparlaments und von nationalen Parlamenten wie z.B. Deutschlands, Österreichs, Schwedens und Großbritanniens in intensiven Dialog zu treten und Kooperationspartner*innen zu gewinnen, um den brasilianischen Staat für die Menschenrechtsverletzungen gegen die GK zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem führen die Guarani und Kaiowá mit der Unterstützung von internationalen Organisationen eine Untersuchung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Brasilien und der EU durch, um Investitionen von europäischen Agrarkonzernen, Rentenfonds

Angestellte der Indigenen-Behörde FUNAI protestieren gegen die Indigenen Politik der Temer Regierung

Foto: Mídia Ninja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)



usw. in Mato Grosso do Sul bzw. in GK-Territorien aufzudecken. Diese Strategie erfolgt auf Grundlage der Resolution des Europäischen Parlaments vom 24. November 2016¹¹, die in Absatz 10 festschreibt, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten, Menschenrechte als verbindliche Klausel in alle handelspolitischen Instrumente aufnehmen müssen. Die Resolution ist auch ein Ergebnis der internationalen Unterstützung des Kampfs der GK in Brasilien.

Im Dezember 2016 haben die Guarani und Kaiowá aus Mato Grosso do Sul – durch ihre politische Versammlung, der Aty Guasu, zusammen mit CIMI, FIAN International und FIAN Brasilien und Justiça Global – einen Antrag bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte gegen den brasilianischen Staat eingereicht. Darin werden die systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen die GK, die Straflosigkeit von Gewalt der fazendeiros und die Nichterfüllung der Menschenrechtspflicht des brasilianischen Staates angeprangert. Die Analyse des Antrages wird noch Jahre dauern. Der Kampf der Guarani und Kaiowá um ihre tekohás, um ihre Würde und Weiterexistenz dauert fort, und die internationale Gemeinschaft muss ihre Stimme hören und diesen Kampf solidarisch unterstützen. ■

* Felipe Bley Folly und Angélica Castañeda Flores arbeiten bei FIAN International.

Seit Jahren häufen sich Nachrichten aus Brasilien über gewaltsame Konflikte zwischen *fazendeiros* (Gutsbesitzern) und Guarani-Gemeinschaften, die ihren Anspruch auf ihr Leben mit ihren traditionellen Territorien verteidigen. Teilweise verblieben sie als Landarbeiter*innen und Tagelöhner in ihren Territorien, die der brasilianische Staat veräußerte und anderen rechtlich als Privatbesitz zusprach. Teils kehren sie aus den überfüllten Reservaten zurück, in die sie der brasilianische Staat verschleppte, um ihre traditionellen Territorien der Kolonisierung durch Neusiedler frei zu geben. "Retomadas" werden diese Initiativen der Rückkehr genannt, ein Begriff, der der Bewegung der Landlosen entlehnt wurde und sich auf den legitimen Besitzanspruch derer bezieht, die Land besetzen. Er wird in der Politik inzwischen auch von jenen benutzt, die massiv gegen indigene Rechte kämpfen. Allerdings entspricht der Begriff weniger dem, was auf der Grundlage des Guarani-Weltbildes geschieht. Denn es geht den Guarani weniger um die "Wiedereinnahme" ihrer traditionellen Territorien, die ihnen nach brasilianischem Recht zustehen, als um die dauerhafte Rückkehr an jene Orte, die ihnen von den göttlichen Wesen als Lebensraum zur Verfügung gestellt

Landrechte und die Rückkehr der Guarani an den Ort des Seins

von Volker von Bremen*

- 1 Pindorama – aus der Tupi-Guarani Sprache – steht für das imaginative Konzept eines angstfreien Landes; oder wortwörtlich auch Region voller Palmen.
- 2 Mehr Informationen über die historischen Aspekte der Guarani und Kaiowá in Brasilien, siehe (auf Portugiesisch): M. Fernandes, T. Resistência Guarani e Kaiowá e a Integração Latino-Americana: Reflexões desde a Aty Guasu. Foz do Iguaçu: UNILA, 2016. Siehe auch: K. Pimentel, S. Elementos para uma teoria política kaiowá e guarani. São Paulo: USP, 2012.
- 3 Vgl. hierzu: R. Kretschmer et al., „Brasilien: Der Kampf der Guarani-Kaiowá um Land und Würde“. FIAN Fact Sheet 2016/1. Unter: bit.ly/1tt3wpm.
- 4 Mehr dazu: Idem, S. 3. Vgl.: CIMI. Report – Violence against the Indigenous Peoples in Brazil – Data for 2015. Brasília: CIMI, 2016. S. 13 ff. Unter: bit.ly/2x7kDSz.
- 5 Artikel 231 ff. und Artikel 67 der Übergangsbestimmungen zur Verfassung.
- 6 Vgl. hierzu: CIMI (2016), S. 83 ff. Siehe auch: bit.ly/2foR060.
- 7 Vgl. hierzu: CIMI (2016), S. 84 und 87 ff.
- 8 Vgl. hierzu: S. Pinheiro, E. Marçal de Souza: O banguela dos lábios de mel. CIMI. Unter: bit.ly/2wuMijl.
- 9 Vgl. hierzu: FIAN, FIAN Brasilien und CIMI. The Guarani and Kaiowá Peoples' Human Right to Adequate Food and Nutrition: a holistic approach. Executive Summary. Brasília: Fian Brasilien, 2016. Unter: bit.ly/2x2kqkm.
- 10 Die Berichte von 2009 bzw. 2016 sind hier zugänglich: bit.ly/2x7Fzjb und bit.ly/2x1THVa.
- 11 Resolution von 24. November 2016 – Lage der Guarani-Kaiowá im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul (2016/2991). Unter: bit.ly/2fKQtZL.

wurden.

Sie sprechen vom *tekoha*, wenn sie sich auf ihre Gruppe und auf diesen Ort, diesen Raum beziehen, den "Ort des Seins", dort, wo sie als Gruppe ihr teko, ihre von göttlichen Kräften etablierte Art zu leben verwirklichen können. Staatlich anerkannte Rechte und deren Einforderung als solche stehen für sie in der Auseinandersetzung um Land weniger im Vordergrund, auch wenn sie sehr wohl wissen, dass der brasilianische Staat die rechtlichen Schritte zur offiziellen Anerkennung der Landrechte nicht vollzogen hat und der formal-rechtliche Landtitel sich meist im Besitz nicht-indigener Viehzüchter und agro-industrieller Unternehmen befindet. Das Recht auf traditionelle Territorien ist vor allem ein ursprüngliches, traditionelles, göttliches Prinzip und weniger eines, das die brasilianische Verfassung den Guarani einräumt. Für sie ist die Verfassung in der Legitimation nebensächlich. Und das, was tatsächlich mit ihren Territorien

geschieht und sie tagtäglich in ihrer Begegnung mit der brasilianischen Gesellschaft erleben müssen, ist eine andere Wirklichkeit. Das vermeintlich bestehende Rechtssystem als verlässlicher Bezugsrahmen, auf dessen Grundlage das Zusammenleben im nationalen Kontext geregelt werden soll, ist in der praktischen Umsetzung für sie nicht erkennbar.

Von Menschen gemachte Gesetze, Verfassungen und Verordnungen sind für die traditionellen Guarani Instrumente der *karai*, der Fremden, der neuen Herren, die also auch auf deren Einhaltung achten müssten. Denn für die

Guarani selbst dienen weniger diese Gesetze als vielmehr tief verwurzelte Lebensprinzipien zur Orientierung und Motivation für ihr Handeln.

Die eigentliche Legitimation ihrer Entscheidungen und ihres Handelns erfolgt also auf der Grundlage ihres religiös-traditionellen Wissens. So sind ihre Rechte auf Rückkehr in ihr traditionelles Territorium Teil göttlich vorgesehener Bestimmung. "Land ist keines Menschen Eigentum. Mit Blick auf die göttliche Bestimmung wird es entwürdigt durch das, was mit ihm gemacht wird. Wie kann ein *fazendeiro* sagen, ihm gehöre das Land! Niemand kann sich das anmaßen," argumentiert eine bekannte Guarani-Kaiowá-Führerin.

Die Guarani wissen, dass sie aufgrund göttlichen Willens Bewohner jener Orte sein sollen, für die sie durch die Schöpfung bestimmt wurden. Die Gegenwart, in der dieses göttliche Prinzip verletzt wird, ist bedroht durch das Feuer, welches die Welt einst zerstören wird. "Durch Feuer wird die Welt verzehrt, folgt sie nicht der göttlichen Vorsehung, wie *Ñande Ru* ("Unser Vater" - Schöpferheros) sie geschaffen hat." Mit der Rückkehr in ihr *tekoha* folgen sie ihrer religiösen Überzeugung. Sie vertrauen dabei vor allem auf den göttlichen Schutz in ihrem zivilen Ungehorsam gegenüber bestehenden Gesetzen, wonach sie zu Illegalen werden, gleichwohl Gesetze ihnen eigentlich Recht und Schutz bieten sollen. Auch wenn der gesamte Justizapparat, Polizei und Militär sich ihnen entgegenstellt, bewahren sie den Mut, sich Gefahren auszusetzen und ihre Missbilligung auch gegenüber jenen zum Ausdruck zu bringen, die sie eigentlich verteidigen müssten. Dieser Mut leitet sich ebenfalls aus ihrem Weltbild ab. Denn so wie die Guarani die faktisch herrschenden Kräfte der Macht ohne irgendeinen Schutz oder weiter gehende Vorbeugungsmaßnahmen auf ihrem Weg zu überwinden



Polizisten überwachen die Landbesetzung der Guarani-Kaiowá.

Quelle: Screenshot des Films *Agrokalyse* (<http://www.agrokalyse.de>)

suchen, blicken sie auch ganz allgemein auf ihre Bestimmung in der Welt. Der Weg, den ihnen die göttlichen Kräfte vorgegeben haben, um zu ihrem Schöpfer zurückzufinden, ist gepflastert mit vielen Hindernissen und Bedrohungen, die es zu überwinden gilt.

Wie der brasilianische Ethnologe und Guarani-Kenner Celso Aoki feststellt (persönliche Mitteilung), basieren Entschluss und Vorbereitung der Rückkehr zum *tekoha* weniger auf einer politisch begründeten Entscheidung auf der Ebene von Gemeindeversammlungen, als auf religiösen Prinzipien und entsprechenden rituellen Aktivitäten. So ist die Rückkehr zum *tekoha* nicht nur ein Akt von Mut und Courage, sondern Ausdruck ihrer ewigen, mythischen Suche nach einem guten Wohnort, die auch die Suche nach dem Land ohne Übel genannt wird, welche die Geschichte der Guarani seit vielen Jahrhunderten kennzeichnet. Heute heißt Wiederbesiedelung des *tekoha* Konfrontation, Herausforderung und Missachtung des "status quo" der *karai*.

Durch die Verbindung zur göttlichen Welt, die die traditionellen Führungspersonlichkeiten immer wieder aufrecht erhalten, wird der Gruppenzusammenhalt auch in den Bemühungen um die Rückkehr ins *tekoha* gewährleistet; eine sehr schwierige Aufgabe, da die Gruppen lange Phasen erdulden müssen, in denen ihnen keine externe Aufmerksamkeit geschenkt wird und darüber hinaus die Gefahr besteht, nicht nur der offenen Gewalt von *fazendeiros* und "*ruralistas*" (politische Vertreter der Agroindustrie) ausgesetzt zu sein, sondern auch von der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ("*cesta básica*") abgeschnitten zu werden. Die Perspektive für eine Rückkehr zum eignen *tekoha* hängt ganz wesentlich von dem internen Mobilisationsgrad ab. Er ist geprägt durch den sozio-politischen Zusammenhalt

#NãoVaiTerGolpe

Am 24. März 2016 demonstrierten in Rio de Janeiro Tausende gegen den drohenden Staatsstreich. Ein Jahr später kam es zu dem historischen Generalstreik in ganz Brasilien.

Foto:Mídia Ninja (CC BY-SA 4.0)



der Gruppe wie auch deren eigener religiösen Praxis.

Der Diskurs von Dona Damiana, eine der bekanntesten Führungspersonlichkeiten der Guarani-Kaiowa, die seit vielen Jahren trotz schwerer Schicksalsschläge nicht davon ablässt, für die Rückkehr in ihr *tekoha* zu kämpfen, ist weniger von Argumenten geprägt, die sich politisch auf die brasilianische Gesellschaft beziehen, als vielmehr politischer Ausdruck eigener Prinzipien und deren Verortung im eigenen Weltbild. So verbindet sie die Landfrage und die Begründung ihrer Präsenz in ihrem *tekoha*, zu dem ihr und ihrer Gemeinde bis heute der Zugang immer wieder verwehrt wird, weniger mit dem brasilianischen Verfassungsrecht, sondern mit der Bestimmung des Landes wie sie durch *Ñande Ru* gegeben wurde. Wird diese Bestimmung nicht verwirklicht, sondern verhindert, stellt sich die prophezeite Tragödie ein, mit der das Ende der Zeiten kommt. Vereinfacht heißt das: "Wenn wir nicht im *tekoha* leben können, zu dem wir gehören, wird niemand mehr sein." Und so ist sie wie alle traditionellen Guarani davon überzeugt, dass die Möglichkeit der Weiterexistenz des Lebens und der Welt auch von ihnen und ihrer Existenz abhängt. In rituellen Gesängen wird das Feuer erwähnt, das kommt, um die Welt zu zerstören. Die Erde kann nur existieren, wenn die Guarani in der Verbindung mit ihrem *tekoha* Teil von ihr sein können. Sie besitzen nicht die Erde, sondern sie ist ihnen gegeben. Hieraus ergibt sich ein anderes Motiv, eine andere Begründung als die rechtliche Argumentation für die Unterstützung ihrer Forderung, in ihrem *tekoha* leben zu können. Nach dem Guarani-Weltbild gibt es keine Alternative als dankbar dafür zu sein, dass sie weiter insistieren, als Gruppe mit jenem Ort/Raum verbunden sein zu können, wo sie Leben entfalten und gestalten können, da die Erde sonst zerstört würde. Denn "ohne *tekoha* gibt es kein *teko*". Das Leben, das Sein (*teko*) in seiner Fülle verwirklichen zu können, ist an die soziale Gruppe und den Ort/Raum (*tekoha*) gebunden, der ihnen durch göttliche Kräfte gegeben wurde. ■

* Volker von Bremen ist Ethnologe und arbeitet für Brot für die Welt und Misereor als Berater zu Indigenen Völkern.

Viele Kämpfe werden um das Recht ausgefochten – darum, Recht zu haben und darum, Recht zu bekommen. Das Recht bestimmt unser Zusammenleben, unser Verhältnis zum Staat. Aus der Sicht des Staates ist der Mensch in erster Linie „Träger von Rechten und Pflichten“ und das Individuum mithin nur dann ein Mensch, den es zu beachten gilt, wenn es „Rechtsträger“ ist. Rechte zu haben und also Rechtsträger zu sein, genügt für sich allein jedoch nicht. Mein Rentenanspruch ist nichts wert, wenn er nicht dazu führt, dass ich im Alter jeden Monat das entsprechende Geld zum Leben erhalte. Mein Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit muss auch dazu führen, dass ich demonstrieren und meine Meinung kundtun kann. Ich muss Recht bekommen, wenn es mir von Gesetz wegen zusteht. Recht zu bekommen heißt, das Recht gegenüber jedem, der einem dieses Recht streitig macht oder es in irgendeiner Weise verletzt, durchsetzen zu können.

Die Durchsetzbarkeit von Recht

von Nele Kliemt*

Die Guarani-Kaiowa in Mato Grosso do Sul und viele andere Gruppen indigener und afro-brasilianischer Gemeinschaften in Brasilien sind ein gutes Beispiel dafür, was es heißt, Recht zu haben, es aber nicht zu bekommen: Sie haben einen verfassungsrechtlich verankerten Anspruch auf ihr angestammtes Land, ihr Territorium. Sie haben ein Recht darauf, dieses Land zu nutzen und es zu bewohnen. Aber dafür müsste es zunächst demarkiert, das heißt vermessen werden, um nachzuweisen, dass es sich nicht um irgendein Land handelt, sondern dass es eben dieses Stück Land ist, auf das sich ihre Ansprüche beziehen. Ohne die Demarkation und den damit verbundenen Nachweis ihres Rechtsanspruchs, können die Guarani-Kaiowa nicht gegen die Großgrundbesitzer vorgehen, die ihr Land für sich beanspruchen. Sie können das Land auch nicht einfach selbst demarkieren, da es sich dabei um einen Hoheitsakt handelt, der zwingend dem Staat obliegt und ihrer eigenen Vermessung/Erklärung keinerlei Rechtswirkung zukäme. Im Ergebnis bedeutet das: Sie können ihr Recht auf Nutzung des Landes zivilrechtlich nicht durchsetzen, bevor sie ihr Recht auf Demarkation ihres Landes nicht gegenüber dem Staat erfolgreich durchgesetzt haben. Der Staat ist nach Art. 231 der brasilianischen Verfassung von 1988 verpflichtet, die Demarkation vorzunehmen. Fast 30 Jahre später ist das noch immer nicht geschehen, alle Versuche der Guarani-Kaiowa, ihre Ansprüche nach den Regeln des Rechtsstaates durchzusetzen sind



Auch vermummte waren beim Generalstreik in São Paulo dabei
Quelle: <https://Mídia Ninja / www.flickr.com> (CC BY-SA 2.0)

bislang gescheitert und Besserung ist nicht in Sicht. Brasilien definiert sich nach Art. 1 der Verfassung von 1988 als demokratischer Rechtsstaat. Ausgehend von der europäischen Rechtskultur, aus der heraus sich auch das brasilianische Recht und das brasilianische staatliche System entwickelt haben, ist ein Rechtsstaat ein Staat, in dem die Ausübung staatlicher Macht an Recht und Gesetz gebunden ist und staatliche Akte durch unabhängige Gerichte überprüft werden können. Ein wesentliches Grundprinzip des Rechtsstaates ist die Gewaltenteilung, also die Trennung der drei staatlichen Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative und ihre Unabhängigkeit. Der Rechtsstaat ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die sich zu Gunsten eines möglichst friedlichen Miteinanders davon verabschiedet hat, Konflikte mittels Gewalt zu lösen. Der Staat hat das sogenannte Gewaltmonopol inne, er allein ist berechtigt unmittelbaren physischen Zwang anzuwenden. Der Einzelne wird auf den Rechtsweg verwiesen, um seine Ansprüche und Rechte durchzusetzen, seien es Ansprüche gegen Mitbürger*innen oder solche, die sich direkt gegen den Staat selbst richten. Der Rechtsstaat muss die Rechte seiner Bürger*innen durchsetzen und er muss sie schützen. Tut er dies nicht, so wird unweigerlich das Gewaltmonopol in Frage gestellt und der/die Bürger*in greift zu Selbstjustiz. So auch die Guaraní-Kaiowa: Gemäß einer Vereinbarung aus dem Jahr 2007 hätte die Demarkation des Territoriums der Apika'y-Gemeinschaft von der Fundação

Nacional do Índio (Funai) spätestens im Jahr 2010 beendet sein sollen. Als absehbar war, dass auch dieser Termin nicht eingehalten werden würde, haben die Guaraní-Kaiowa von Apika'y beschlossen, nicht länger auf den Staat zu warten. Sie haben ihr Recht selbst in die Hand genommen und das Land besetzt. Für die Guaraní-Kaiowa ist es ein politischer Akt der Verzweiflung gewesen, für den Staat ein Problem.

Die Guaraní-Kaiowa konnten ihre Situation durch die Aktion letztlich nicht verbessern. Da sie mit der Besetzung ihrerseits gegen geltendes Recht verstoßen haben (Stichwort Gewaltmonopol des Staates) wurden sie im vergangenen Jahr formaljuristisch korrekt auf Grundlage eines vollstreckbaren Räumungsurteils wieder von dem Land vertrieben. Allerdings haben sie international Aufmerksamkeit erregt. Das besonders Verstörende an der juristisch legitimierten Vertreibung ist, dass den Guaraní-Kaiowa das Land, von dem sie vertrieben wurden, von Verfassung wegen zusteht und der Staat auch in den Jahren der Besetzung keine Anstalten gemacht hat, dieses Recht zu erfüllen. Gleichzeitig hat der Staat mit der Räumung das Recht von Menschen geschützt, die ihrerseits das Gewaltmonopol des Staates nicht achten und bereits mehrfach zu Gewalt gegriffen haben, um ihre Besitzrechte an dem Land durchzusetzen. Zudem war die Räumung mit zahlreichen Rechtsverstößen verbunden und hat dazu geführt, dass die Betroffenen nun unter menschenrechtlich bedenklichen Bedingungen am Rande einer Schnellstraße leben müssen. Rechtsstaatliche Standards erfüllt ein solches

Vorgehen jedenfalls nicht. Hinzu kommt die gesetzgeberische Bestrebung, die Demarkation in Zukunft von einer Zustimmung des Parlaments abhängig zu machen und neue Ausnahmetatbestände einzuführen (Gesetzesvorhaben PEC 215). Angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse im Parlament droht so nun ein völliger Stillstand des Demarkationsprozesses, was eindeutig gegen die Verfassung verstößt.

Brasilien ist internationalen Menschenrechtsübereinkommen beigetreten, verpflichtet sich in seiner Verfassung zur Einhaltung fundamentaler Menschenrechte und zu den Prinzipien eines Rechtsstaates. Das politische System basiert auf Gewaltenteilung, es gibt unabhängige Gerichte. Dennoch scheitert das System, sobald die Interessen besonders einflussreicher Gruppen oder Individuen beeinträchtigt werden, wie etwa solche des Agrarsektors. Da es keine Institution gibt, die über dem Staat steht, gibt es für die Betroffenen keine Möglichkeiten die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien mit den Mitteln des Rechtsstaates zu erzwingen. Möglich ist allenfalls gesellschaftlicher und politischer Druck, aus der Bevölkerung heraus, aus dem Ausland. Seit einigen Jahrzehnten entwickeln sich zudem verschiedene überstaatliche Institutionen, welche die Einhaltung von Menschenrechten durch ihre Mitgliedstaaten überwachen und anmahnen. Für Brasilien ist das etwa der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) in San José, Costa Rica, der die Einhaltung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention überwacht. Und erst dieses Jahr hat die UN-Menschenrechtskommission sich im Rahmen ihrer *Universal Periodic Review* erneut mit der Einhaltung der Menschenrechte in Brasilien befasst. Wert und Nutzen solcher völkerrechtlichen Institutionen sind umstritten und werden insbesondere von Pragmatiker*innen sehr angezweifelt, da die Durchsetzung der dort getroffenen Entscheidungen nicht erzwungen werden kann. Für die Betroffenen, die vor dem IGMR oft erstmals Gehör erhalten, ist es jedoch in der Regel bereits ein großer Schritt, dass das ihnen angetane Unrecht offiziell als solches anerkannt wird. Und international wächst zudem der Druck auf den Staat, sich an die selbst auferlegten Regeln zu halten. Eine Alternative zum Rechtsstaat gibt es in einer Demokratie jedenfalls nicht.

■
* Nele Kliemt arbeitet als Rechtsanwältin in Berlin und ist Mitglied der Koordinationsgruppe Brasilien von Amnesty International in Deutschland.

In den letzten zehn Jahren haben die amtierenden linken Regierungen viel in Sozialpolitik investiert, um die extreme Armut zu bekämpfen. Durch diese Politik ist es gelungen, dass Brasilien 2014 keine Hungernden mehr in den Statistiken zu verzeichnen hatte.

Widerstand leisten und überleben: Die Kämpfe von indigenen Frauen, Quilombola-Frauen und Fischerinnen in Brasilien

von Analba Brazão Teixeira*

Davon unabhängig bleiben die deutlichen regionalen Ungleichheiten und die Ungleichheiten hinsichtlich Hautfarbe („Rasse“¹) und Geschlecht aber bestehen. Daten der Volkszählung (PNAD) des brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik (IBGE) zeigen dass 70 bis 80% der afro-brasilianischen Bevölkerung im Norden und Nordosten lebt. Die Organisation SOS Corpo – Feministisches Institut für Demokratie – hat 2012 eine Studie veröffentlicht, die diese Realität analysiert und zu dem Schluss kommt, dass es mehrheitlich Frauen sind, die arbeitslos bzw. schlecht bezahlt oder gar ohne Einkommen sind.

Davon ausgehend, dass politische Armutsbekämpfung sowohl anhaltende Veränderungen bewirkt als auch alte und neue Widersprüche mit sich bringt, haben SOS Corpo gemeinsam mit CESE (*Coordenadoria Ecumênica de Serviço*) und den Frauenbewegungen das Projekt "Mulheres Negras e Populares: Traçando Caminhos e Construindo Direitos" entwickelt. Dieses Projekt wurde durch EU-Gelder unterstützt und hatte sich zum Ziel gesetzt, die soziale Integration dieser Frauen und ihre Lebensbedingungen im Norden und Nordosten zu verbessern und sie zu Protagonistinnen der Politik zu machen. Die Idee bestand darin, die Frauen für politische Debatten zu stärken und ihre Teilhabe am politischen Geschehen zu fördern. Das Angebot reichte von Lobby- und Advocacy²-Aktivitäten hin zu Seminaren für politische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Kurz nachdem das Projekt im Januar 2015 begann, wurden die vier Behörden für Jugend, Frauen, Gleichstellung der „Rassen“ und Menschenrechte von der Dilma-Regierung zu einem einzigen Ministerium zusammengefasst. Damit wurde dessen politische Bedeutung und das Budget erheblich reduziert. Die betroffenen Frauen, die sich bereits in einem wachsenden Mobilisierungsprozess befanden, wehrten sich energisch



Brennende Busse beim Generalstreik in Rio de Janeiro
Quelle: Mídia Ninja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)

gegen diesen Abbau ihrer Rechte. Es entstanden viele neue Zusammenschlüsse und gemeinsam mit bereits aktiven Gruppen organisierten sie vielfältige Aktionen des Widerstandes, die die Gesellschaft aufrüttelten. In diesem neuen Kontext war es erforderlich, die ursprünglichen Ziele der Frauen zu überdenken. Statt Lobbyarbeit für adäquate Sozialpolitik musste nun die Organisation auf lokaler und regionaler Ebene gestärkt und Aktionen auf nationaler Ebene durchgeführt werden.

Durch einen erheblichen Kraftaufwand gelang es, zwei große Frauendemonstrationen auf die Beine zu stellen, die 2015 in der Hauptstadt Brasília stattfanden: Der sogenannte Marsch der Margeriten (Landarbeitende) mit über 70.000 Teilnehmenden und der erste Marsch der Schwarzen Frauen Brasiliens (Marcha das Mulheres Negras), an dem ca. 50.000 Menschen teilnahmen. Auch wenn die Reaktionen der Regierung auf diese Mobilisierung lächerlich waren, haben die Demonstrationen sowohl der brasilianischen Bevölkerung als auch anderen Sozialbewegungen die Stärke des Widerstands der Frauen deutlich gemacht. Verschiedene Organisationen sind auf bundesstaatlicher Ebene entstanden: darunter das Netzwerk Schwarzer Frauen von Pernambuco und Rio Grande do Norte, beide im Nordosten gelegen. Zudem wurden bestehende regionale Zusammenschlüsse wie das Netzwerk Schwarzer Frauen im Nordosten und der Verbund Rede Fulanas im Norden des Landes gestärkt.

Im Jahr 2016 fand ein juristischer, parlamentarischer und mediengemachter Putsch gegen die gewählte Präsidentin Brasiliens statt. Mehr als nur den Abbau von Rechten, förderte

die putschende Koalition politisch rechts agierender Politiker*innen und Parteien eine regelrechte Abschaffung sozialer Rechte. Die Austeritäts- und Reformpolitik verschärft die Wirtschaftskrise und verschlimmert damit die ohnehin miserablen Lebensbedingungen der Geringverdienenden und der schwarzen Bevölkerung noch weiter. Jenseits aller materieller Gesichtspunkte haben Konservatismus, Rassismus und religiöser Fundamentalismus in Brasilien enorm an Raum gewonnen und den Hass der Eliten auf die Arbeiterklasse, auf die schwarze Bevölkerung, auf Quilombolas, auf Indigene, auf Frauen und auf sexuelle Minderheiten geschürt³.

Angesichts dieser andauernden Bedrohung mühsam erkämpfter Rechte, haben die unterstützten Gruppen "schwarzer und benachteiligter Frauen" die Notwendigkeit erkannt, Allianzen zu bilden und gemeinsam Widerstand zu leisten, mit dem einenden Ziel, einen weiteren Rechteverlust zu verhindern. Wir haben festgestellt, dass die vom Rechteverlust am stärksten betroffenen Gruppen indigene Frauen, Quilombola-Frauen und Fischerinnen sind. Ihre Gemeinschaften erfahren von außerhalb sowohl die brutale Gewalt des modernen Großgrundbesitzes als auch der Agrarindustrie, die ihr Land und ihren Lebensraum gefährdet. Innerhalb der Gemeinschaften sind sie der Gewalt und Nötigung durch Männer ausgeliefert, was ihre Selbstorganisation erschwert. Trotzdem oder gerade deshalb begannen sich die Frauen in den Quilombos zu organisieren. In der Folge konnten sie sich bei Absprachen einbringen, die Männer und Frauen betreffen. Sie bildeten aber auch reine

Frauengruppen, die nun lokale und regionale Quilombola-Treffen organisieren. Wie beispielsweise das Treffen der Quilombola-Frauen des Unteren Amazonas, zu dem sich im Juli Frauen aus 14 Quilombos dieser Region in der Stadt Santarém im Bundesstaat Pará trafen. Sie bildeten eine Gruppe namens Na Raça e Na Cor (in etwa: als Schwarze vereint) und schrieben während des Treffens einen Brief an die Richter des Obersten Gerichtshofs, in dem sie die äußerst schwierige Lage der Quilombola-Gemeinden aufzeigten. Für diese Frauen ist der Kampf um ihr Land und ihren Lebensraum (Territorium) ein Kampf um Leben, denn die Verbindung dieser Gemeinschaften zu ihrem Territorium geht weit über den Zugang zu Land hinaus. Sie betonen:

„Wir verfügen über altes Wissen das wir von unseren Ahnen geerbt haben. Es umfasst Aussaat und Ernte, Fischerei, Geburtskunde und Heilkräuter, die der Gesundheit der ganzen Gemeinschaft dienen. Unseren Lebensraum betrachten wir als unsere Mutter, unsere Nahrung als unser Leben. Wir Quilombola-Frauen erleben die schlimmsten Dinge: Uns wird täglich Gewalt angetan. Wir werden vergewaltigt. Wir werden körperlich und psychisch angegriffen. Wenn eine Gemeinschaft bedroht ist, leiden die Frauen besonders darunter. Eigener Lebensraum und Land dienen unserem Schutz, denn dort können wir mit mehr Würde und Zufriedenheit leben“.

Die Stärkung der Selbstorganisation von schwarzen und benachteiligten Frauen bedeutet heute in Brasilien mehr als die Verteidigung sozialer Rechte: es geht um die Frage des Existenzrechts und des Überlebens. Diese Maxime gilt für alle Organisationen sozialer Bewegungen, die Menschen verbinden und kritische Themen ansprechen. Wer jedoch „Widerstand leistet, um zu überleben“, gehört zu denjenigen, die ihr Land und ihren Lebensraum verteidigen müssen, um nicht ausgelöscht zu werden. ■

* Analba Brazão Teixeira ist Mitarbeiterin bei SOS Corpo – Feministisches Institut für Demokratie.
 > Übersetzung aus dem Portugiesischen: Tina Kleiber.

1 Der brasilianische Begriff „raça“ kann nicht mit dem deutschen Wort „Rasse“ übersetzt werden, da letzterer die Konnotation aus dem Nationalsozialismus trägt, der die Lehre verschiedener „Menschenrassen“ vertritt und nicht in gleicher Weise einen Bedeutungswandel durchgemacht hat wie in Brasilien. Im Brasilianischen wird „raça“ vielmehr als gemeinsamer Begriff schwarzer Menschen in einer sozialen Bewegung für gleiche Rechte benutzt.

2 Advocacy-Aktivitäten umfassen Rechtsberatung und Interessenvertretung.

3 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle, Asexuelle und andere.

"Traditionelle Völker und Gemeinschaften sind das wichtigste Erbe der Menschheit.“ Diese zentrale Aussage findet sich in der Hofgeismar-Agenda, der Abschlusserklärung des V. Internationalen Kolloquiums Traditionelle Völker und Gemeinschaften „Traditionell zukunftsfähig“, welches vom 23. bis 26. Juni in der Ev. Akademie Hofgeismar stattfand. Diese vielleicht überraschende Aussage wurde von allen Teilnehmenden mitgetragen und ist mit ein wenig Nachdenken auch überzeugend. Traditionelle Völker und Gemeinschaften repräsentieren, wie es in der Hofgeismar-Agenda heißt, weit mehr als 90% der Vielfalt der sozialen Beziehungen des Zusammenlebens, der Verhältnisse zur Natur, der Sprachen, der Ethnien, der religiösen und spirituellen Systeme, der Kenntnisse der Biodiversität, der Agrodiversität und weiterer Vielfaltsebenen mehr. Welches Erbe könnte demgegenüber wichtiger sein? Die Aussage erstaunt auf den zweiten Blick vor allem da sie vorher wohl noch nirgends in dieser einfachen Klarheit formuliert wurde. Ein solcher Konsens war bei Beginn der Tagung keinesfalls

Das wichtigste Erbe der Menschheit

von Dieter Gawora*

garantiert gewesen, obwohl sie in der Kontinuität vier vorangegangenen Kolloquien seit 2009 in Brasilien und des Runden Tisch Brasilien 2015 stand, der Traditionelle Völker und Gemeinschaften zum Thema hatte. In Hofgeismar wurde eben nicht nur die brasilianische Gemeinschaften, sondern vier Großregionen Brasilien, Indien, Westafrika und der Alpenraum sowie die Kleinregion Nordhessen gleichberechtigt nebeneinander diskutiert. Zudem war die Teilnehmer*innenstruktur heterogen mit Teilnehmenden aus Gemeinschaften, der Wissenschaft, der Entwicklungszusammenarbeit und NROs.

Brasilien blieb dennoch das am meisten diskutierte Land während der Tagung. Dies ergab sich aus der Struktur der knapp 100 Teilnehmenden, von denen alleine 24 aus Brasilien kamen. 17 Teilnehmende kamen aus weiteren 12 Ländern. Diese starke Präsenz erklärt sich nicht nur aus der Geschichte der Kolloquien, sondern vor allem dadurch, dass in Brasilien die Debatte über traditionelle Gemeinschaften am weitesten fortgeschritten ist. Dies gilt nach wie vor, auch wenn die realen Fortschritte durch die aktuelle Politik gefährdet sind, wie von den brasilianischen Referierenden deutlich artikuliert wurde. Die unterschiedlichen Herkunftsregionen und die Heterogenität machte es notwendig, während der vier Tage immer wieder über ein gemeinsames Grundverständnis zu

diskutieren.

Kollektive Identitäten und Traditionen konnten als übergreifende Merkmale aller traditionellen Völker und Gemeinschaften identifiziert werden. Dabei wurde betont, dass Tradition nicht mit Folklore verwechselt oder auf Geschichte beschränkt werden darf. Vielmehr sind Traditionen Ausgangspunkt für emanzipatorische Projekte der Gegenwart, die sich permanent an neue äußere Bedingungen anpassen müssen, um so die Zukunftsfähigkeit von Gemeinschaften zu sichern. Verbunden mit den kollektiven Identitäten schöpfen Gemeinschaften daraus ihre Kraft, um sich gegen hegemoniale Mehrheitsgesellschaften zur Wehr zu setzen. Traditionellen Gemeinschaften gelingt dies seit Jahrzehnten, indigenen Völkern in Amerika seit Jahrhunderten und den Adivasi in Indien sogar seit mehr als 2000 Jahren in Konfrontation mit der hinduistischen Mehrheitsgesellschaft.

Ein weiteres verbindendes Element sind die vielfältigen Beziehungen zu ihren Territorien, die für traditionelle Völker und Gemeinschaften konstituierend sind. Zu den Territorien mit den Landschaften, Gewässern, Wäldern und allen anderen Naturressourcen haben sie vielfältige symbolische und religiöse Beziehungen, zudem ist die Geschichte von Gemeinschaften oft über Jahrhunderte in die Landschaft eingeschrieben. Ihre Territorien können daher niemals auf die Flächen der Agrarproduktion oder gar auf handelbare Ware reduziert werden. Die meisten dieser Territorien zeichnen sich durch eine hohe Biodiversität und Agrodiversität aus. Die Lebens- und Wirtschaftsweisen traditioneller Völker und Gemeinschaften sind dementsprechend nicht nur in hohem Maße sozial sondern auch ökologisch und ökonomisch nachhaltig. Traditionelle Gemeinschaften können daher als gesellschaftliche Subjekte der Nachhaltigkeit beschrieben werden. Mit ihren nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsformen weisen sie in die Zukunft. Das verbreitete Verständnis über traditionelle Völker und Gemeinschaften als „noch nicht“ in die moderne Gesellschaft integriert oder „noch“ im Einklang mit der Natur lebend ist daher falsch. Es gilt diesen auf dem Fortschrittsglauben basierenden Mythos einer scheinbaren Rückständigkeit zu überwinden. Eine konsequente Forderung, die sich daraus ableitet ist, dass sie in den internationalen Nachhaltigkeits-, Klima- und Biodiversitätsdebatten sehr viel stärkere Beachtung finden müssen.

Einigkeit bestand auch darüber, dass alle traditionellen Gemeinschaften akut oder potenziell bedroht sind. In vielen Ländern des Südens dominieren die Territorialkonflikte durch die Expansion von Monokulturen, extensiver Weidewirtschaft, Bergbau, Industrie- und Energiegroßprojekten, zusätzlich verschärft durch überlagernde Naturschutzgebiete. In Europa

verlaufen Verdrängungen, z.B. der traditionellen bäuerlichen Landwirtschaft, subtiler. Die Teilnehmende vereinbarten, sich gegenseitig in den jeweiligen Kämpfen zu unterstützen.

In Hofgeismar wurden die großen Unterschiede der Rechte, der Wahrnehmung und der Debatte über traditionelle Gemeinschaften zwischen den vier Kontinenten deutlich. Gleichzeitig gelang es strukturelle Gemeinsamkeiten zu benennen. Von dem Zugeständnis kollektiver Rechte und der öffentlichen Anerkennung traditioneller Gemeinschaften, neben den Indigenen, als politische und gesellschaftliche Gruppe wie in Brasilien, sind die anderen diskutierten Regionen noch weit entfernt. Die brasilianischen Beispiele wurden daher von den Teilnehmenden aus Westafrika und Indien sehr aufmerksam verfolgt. In Europa wird derzeit begonnen, die brasilianische Debatte über traditionelle Gemeinschaften zu adaptieren. Hier wird zunehmend klarer, dass die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen nicht alleine auf ökonomische Faktoren reduziert werden kann. Die europäischen Referierenden betonten, dass Traditionen und Gemeinschaft einen sehr viel höheren Stellenwert für Regionen haben als allgemein vermutet. Besonders deutlich wurde dies bei Beiträgen über Berggemeinschaften und kleine Dörfer der Alpen. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass Gemeinschaften zwar sehr viele wertvolle Elemente haben, aber nicht idealisiert werden dürfen, da unter anderem deren Enge für die Einzelnen auch erdrückend sein kann. An dieser Stelle ist die europäische Debatte durchaus kritischer als andere, da offensiver innere Widersprüche von Gemeinschaften diskutiert werden.

Auf dem von der Universität Kassel federführend organisierten Kolloquium in Kooperation mit einer Reihe von Organisationen u.a. KoBra, hörte man sich gegenseitig sehr aufmerksam zu und die Debatte über traditionelle Gemeinschaften wurde über den brasilianischen Kontext hinaus internationalisiert. Von allen Beteiligten wurde das Interesse geäußert, diesen Austausch fortzusetzen. Das nächste Kolloquium soll wieder in Brasilien stattfinden, das übernächste ist in Westafrika geplant. In der Hofgeismar Agenda wurden eine Reihe konkreter Vereinbarungen für die nahe Zukunft beschlossen und mittel- und langfristige Herausforderungen formuliert, wie Widerstand gestärkt und Rechte für traditionelle Völker und Gemeinschaften durchgesetzt werden können. Das gesamte Dokument kann unter anderem auf der KoBra-Seite nachgelesen werden:

Hofgeismar Agenda -

<https://www.kooperation-brasilien.org/l/00144>. ■

* Dieter Gawora ist Soziologe an der Uni Kassel. Er war Initiator des Kolloquiums in Hofgeismar. Mitglied des Vorstands von KoBra.

Wenn man von der Staatsanwaltschaft spricht, ist das erste, was einem in den Sinn kommt ein Mann in Robe, in der Rolle des Anklägers vor dem Rednerpult großer Gerichte. Über diese Szene hinaus, die man aus unzähligen Hollywoodfilmen kennt, erfüllt die Staatsanwaltschaft in allen Nationen, die Menschenrechte in irgendeiner Form anerkennen, weitere wichtige Aufgaben.

Die brasilianische Staatsanwaltschaft und die Einhaltung und Verteidigung unserer Grundrechte

von Stefani Rackes da Silva*

In Brasilien gewann die Staatsanwaltschaft mit der Verfassung von 1988 ihr heutiges Ansehen und leitet aus dieser ihre Aufgaben ab. Die Verfassung definiert die Staatsanwaltschaft als dauerhafte und essentielle Einrichtung der Judikative, die verantwortlich für die Verteidigung der Rechtsordnung, der Demokratie und grundlegender gesellschaftlicher und individueller Interessen ist. Sie ist eine dauerhafte Institution, da ein einfaches Gesetz sie nicht abschaffen oder verändern kann, und sie besitzt eine finanziell und funktionell eigenständige Verwaltung. Das heißt, sie ist keiner staatlichen Einrichtung Rechenschaft schuldig, sondern nur dem Gesetz verpflichtet. Sie verteidigt die Rechtsordnung, indem sie (Amts-)Missbrauch und illegale Praktiken staatlicher Akteure verfolgt und sie verteidigt die Demokratie durch die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen. (Anmerkung der Redaktion: Im Gegensatz dazu ist die Staatsanwaltschaft in Deutschland weisungsgebunden. Das bedeutet, dass das Justizministerium die Staatsanwaltschaft anweisen kann, unliebsame Ermittlungen zu beenden bzw. von einer Anklage abzusehen. Deshalb hat die, für die Angelegenheiten der Staatsanwälte zuständige Kommis-

sion des Deutschen Richterbundes (DRB) verlangt, dieses Weisungsrecht abzuschaffen, um die Gewaltenteilung gemäß dem Grundgesetz wiederherzustellen.¹⁾

Insbesondere angesichts der aktuellen politischen Situation in Brasilien verdient neben den beiden genannten wichtigen Pflichten auch die Verteidigung gesellschaftlicher und individueller Interessen große Aufmerksamkeit. Individuelle

Interessen decken sich mit Rechten, derer kein Mensch entbehren darf, zum Beispiel das Recht auf Gesundheit und Leben. Gesellschaftliche Interessen korrespondieren mit Rechten, die die gesamte Gesellschaft betreffen und auf die nicht verzichtet werden kann, zum Beispiel Umweltschutz, der Schutz indigener Gemeinschaften und der

Schutz von Kindern, Jugendlichen und Alten. In diesem Sinne können brasilianische Staatsanwält*innen einen Prozess gegen den eigenen Staat führen, wenn dieser einer Bürgerin oder einem Bürger den Zugang zu medizinischer Versorgung verweigert. Im Zuständigkeitsbereich des Zivil- und Strafrechtes können sie gegen ein Unternehmen klagen, welches Umweltschäden zu verantworten hat, wie es zum Beispiel bei Samarco und dem Bruch des Staudammes in Mariana, Minas Gerais, der Fall war.

Die Staatsanwaltschaft arbeitet auf zwei Ebenen. Die erste Ebene ist die Bundesebene, auf der sich die Staatsanwaltschaft in weitere Zweige untergliedert, die

Hand in Hand gegen Arbeits- und Rentenreform von Temer
Quelle: Mídia Ninja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)



jeweils ihren eigenen Tätigkeitsbereich haben. So gibt es die Bundesstaatsanwaltschaft, die Staatsanwaltschaft für Arbeitsrecht, die Staatsanwaltschaft des Regierungsbezirkes und die Bundesmilitär-anwaltschaft (Angehörige des Militärs sind in Brasilien eigenen Gesetzen unterworfen, die sich von denen der Zivilbevölkerung unterscheiden). Die zweite Ebene ist die Länderebene, die jedes Bundesland frei organisieren kann, solange Prinzipien und Grundlagen der Verfassung eingehalten werden.

Brasilien ist ein Land mit derart großer sozialer Ungleichheit, Armut und andauernden Menschenrechtsverletzungen, dass ein Bundesstaatsanwalt bzw. eine Bundesstaatsanwältin mehr als nötig ist, um die Achtung und Garantie grundlegender individueller und gesellschaftlicher Interessen sicherzustellen. Gesetzesvorschläge, die innerhalb von Jahrzehnten durch die brasilianische Bevölkerung erkämpfte Arbeiterrechte einschränken wollen, erfordern ein beherztes Handeln der Staatsanwaltschaft gegenüber den verantwortlichen Politiker*innen. Es braucht ein entschlossenes Eintreten für die Rechte von Frauen, wenn Fälle von häuslicher Gewalt und ungleicher Behandlung am Arbeitsplatz alarmierende Ausmaße annehmen. Darüber hinaus ist ein energisches Eintreten für den Schutz indigener Gemeinschaften notwendig, wenn ihr Landanspruch und riesige Naturschutzgebiete am Rande des Abgrunds stehen. In schwierigen Zeiten, kommt der Staatsanwaltschaft eine Schlüsselrolle zu, damit nicht noch mehr Rechte verloren gehen oder zumindest der Kampf um diese nicht aufgegeben wird. ■

* Stefani Rackes da Silva ist Master Studentin im Bereich Development Management an der Ruhr-Universität Bochum mit Jura Bachelor Abschluss an der Universidade Federal do Paraná. Außerdem ehemalige Praktikantin der KoBra Geschäftsstelle 2017.

Natürlich ist die Geschichte der Menschenrechtsverteidiger*innen (*Defensores e Defensoras de Direitos Humanos, DDH*) in Brasilien mit den historischen Kämpfen um Rechte verknüpft. In jenem Zusammenprall von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kräften, in dem Frauen und Männer täglich versuchen, die Unterdrückungssituation zu verändern. Sie sind motiviert vom Wunsch, eine Gesellschaft zu erreichen, in der weniger Ausgrenzung und mehr Toleranz herrschen, die die Unterschiede mit Würde, Freiheit und Gleichheit respektiert. In vielen Fällen werden Menschenrechtsverteidiger*innen

Einschränkung der politischen Handlungsräume in Brasilien Hindernisse für die Arbeit von Verteidiger*innen zum Schutz von Rechten

von Júlia Esther Castro França und Juliana Miranda*

heute jedoch als eine Bedrohung für Regierungen und Gruppen mit politischer und wirtschaftlicher Macht betrachtet, als Bedrohung für den Status quo ihrer Privilegien und der sozioökonomischen Ungleichheit. Führungskräfte, soziale Bewegungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und sozusagen der Kampf um Rechte in Brasilien als solcher sind mit einem der schwersten Rückschritte in ihren fundamentalen Freiheiten und Garantien seit der Redemokratisierungsphase konfrontiert worden.

Der Vernetzungs- und Dialogprozess PAD (*Processo de Articulação e Diálogo*)¹ ist ein Netzwerk, das im Jahr 1992 mit dem Ziel gegründet wurde, auf der Basis von Themen, die für die brasilianischen Partner und die ökumenischen Werke interessant sind, auf die Politik der internationalen ökumenischen Zusammenarbeit einzuwirken. Als eine solche Organisation hat PAD sich bemüht, einen Raum für Analysen, Mobilisierungen, Interaktionen und koordinierten Aktionen auszubauen. PAD hat sich mit der Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen zusammengetan, um neue Konstellationen in der Verteidigung von Menschenrechten und zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen sicherzustellen und zu unterstützen².

Kontext des Kampfes der Menschenrechtsverteidiger*innen und der Verschärfung der Gewaltsituation auf dem Land und auf den Straßen
Die politische Polarisierung sowie das systematische

1 [https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsanwaltschaft_\(Deutschland\)#Weisungsgebundenheit](https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsanwaltschaft_(Deutschland)#Weisungsgebundenheit).

Ansteigen der Intoleranz, das sich zum Beispiel in der Zunahme von Hassdiskursen und ihrer Verbreitung in den sozialen Netzwerken zeigt, vertieft den Fundamentalismus, sei er religiös oder nicht, der sich in Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit auslebt. Auch in den staatlichen Institutionen als solchen zeigt sich die Schwächung des brasilianischen demokratischen Staates, zum Beispiel in der „Fraktion“ BBB (*Bala, Boi, Biblia*)³ im brasilianischen Parlament.

Zusammen mit dem derzeitigen Bruch mit der Demokratie (durch den parlamentarischen Putsch, Anmerkung der Red.) hat die harte Realität der Gewalt, die in der brasilianischen Gesellschaft fest verankert ist, den Prozess der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen verschärft und intensiviert. So sehen sich Menschenrechtsverteidiger*innen, besonders diejenigen, welche das Recht auf Land und den Schutz der Umwelt verteidigen, immer mehr Bedrohungen und Angriffen auf ihr Leben ausgesetzt.

Nach Daten, welche die Comissão Pastoral da Terra (CPT – Kommission Landpastorale, ein Organ der katholischen Kirche) veröffentlicht hat, haben die Landkonflikte im Jahr 2016 in ganz Brasilien 61 Menschen das Leben gekostet. Das ist die höchste Zahl seit 2003. In diesem Jahr sind es schon 51, mehr als das Doppelte der Morde, die im letzten Jahr im gleichen Zeitraum verzeichnet wurden.

Im letzten März (2017) wurde Waldomiro Costa Pereira, Aktivist des Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (Landlosenbewegung) ermordet, ein Überlebender eines der schlimmsten Massaker auf dem Land, nämlich des von Eldorado do Carajás im Jahr 1996. Während einer Polizeioperation zur Festnahme von 14 Verdächtigen im Fall der Tötung eines Sicherheitsmannes der *Fazenda Santa Lúcia* wurden am 24. Mai zehn Landarbeiter erschossen. Dieser Fall von Massenmord wurde als Massaker von Pau D’Arco bekannt. Nach Untersuchungen des Gutachterzentrums *Centro de Perícias Científicas Renato Chaves* wurden neun Opfern in die Brust geschossen und eine Frau wurde mit einem Kopfschuss getötet.

Quilombo-Gemeinden und Gemeinden des Systems *Fundo e Fecho de Pasto*⁴ waren die Hauptopfer der Landkonflikte im Bundesstaat Bahia, verursacht durch Unternehmen im Bereich des Erzabbaus und der Windenergie, die heute schon 31,7% des Bundesstaatsgebietes für sich beanspruchen.

Die Geschichte des indigenen Volks der Guarani-Kaiowa ist emblematisch für die indigenen Völker Brasiliens – sie ist geprägt von Gewalttaten, die schwere Verletzungen der Menschenrechte bedeuten und vom brasilianischen Staat selbst oder mit seiner stillschweigenden Zustimmung

begangen werden.

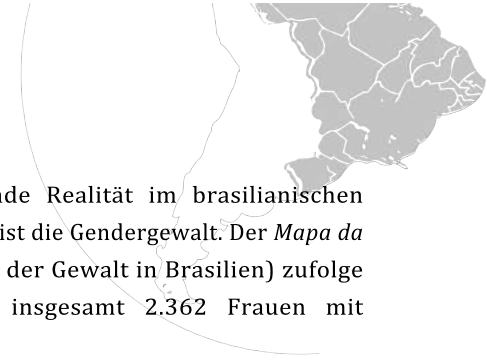
Eine weitere alarmierende Realität im brasilianischen gesellschaftlichen Kontext ist die Gendergewalt. Der *Mapa da Violência do Brasil* (Karte der Gewalt in Brasilien) zufolge wurden im Jahr 2014 insgesamt 2.362 Frauen mit Feuerwaffen ermordet.

Der Untersuchungsausschuss „INCRA/FUNAI“⁵, dessen Bericht mehr als 120 Menschen zu beschuldigen sucht (unter ihnen indigene Führungskräfte, Beamte, Staatsanwält*in und Vertretungen von sozialen Bewegungen), ist ein starkes Indiz für einen verschärften Prozess der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen.

Das Programm zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen und seine institutionellen Krisen

Das PPDDH (*Programa de Proteção aos Defensores de Direitos Humanos*) wurde im Jahr 2004 mit dem allgemeinen Ziel geschaffen, Schutz und Unterstützung für natürliche oder juristische Personen, Gruppen, Institutionen, Organisationen oder soziale Bewegungen sicherzustellen, welche die Menschenrechte fördern, verteidigen und schützen. Sie leben aufgrund ihrer Tätigkeit und Aktivitäten in einer Risikosituation, gemäß der UNO-Resolution Nr. 53/144 von 1998 und der OEA-Resolution Nr. 1.842 (*Organização dos Estados Americanos* – Organisation der Amerikanischen Staaten). PPDDH begann 2004 in Brasilien als Ergebnis eines Dialogprozesses zwischen Zivilgesellschaft und Regierung und besteht neben ähnlichen Programmen wie dem *Programa de Proteção às Vítimas und Testemunhas Ameaçadas* (PROVITA, Opfer- und Zeugenschutzprogramm) und dem *Programa de Proteção à Criança e ao Adolescente Ameaçados de Morte* (PPCAAM, Schutzprogramm für mit dem Tod bedrohte Kinder und Jugendliche) sowie den CEAVs, den Unterstützungszentren für Opfer und Zeugen von Gewalt (*Centros de Assistências às Vítimas e Testemunhas da Violência*). Alle Programme zusammen bilden im Idealfall ein System zum Schutz und zur Garantie der Menschenrechte.

Allein im Jahr 2017 wurden dem PPDDH 837 Fälle gemeldet oder von ihm analysiert. 159 Menschenrechtsverteidiger*innen wurden in das Programm aufgenommen, 274 Fälle wurden zu den Akten gelegt, andere wurden abgekoppelt oder weiterverwiesen oder befinden sich derzeit in der Sortier- und Analysierphase. Das hauptsächliche Aktionsfeld der 2017 ins Programm aufgenommenen Fälle ist der von Menschenrechtsverteidiger*innen im Bereich von Landkonflikten (33%), indigenen Völkern (24 %) und Umwelt (16 %) ⁶.





Demo-Sanis in Rio de Janeiro

Quelle: Mídia Ninja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Die Durchführung des PPDDH geschieht mittels Abkommen zwischen den Bundesstaaten und der Bundesregierung. Nach einer öffentlichen Ausschreibung entscheiden beide über die Auswahl der zivilgesellschaftlichen Organisation, die das Programm vor Ort durchführt und das Sercive-Team anstellt. Bis Mai 2017 gab es das Programm erst in fünf Staaten: Ceará, Pernambuco, Minas Gerais, Espírito Santo und Maranhão.

Das PPDDH hatte jedoch keine gesetzliche Grundlage. Im April 2016 wurde das Dekret Nr. 8.724 veröffentlicht, welches das *Programa Nacional de Defensores de Direitos Humanos* (Nationalprogramm von Menschenrechtsverteidiger*innen) einführte und seinen beschlussfassenden Rat schuf. Dieses Dekret schwächte die Struktur des Programms, weil es die Reichweite des PPDDH auf Menschen in Bedrohungssituation reduzierte und die Beteiligung der Zivilgesellschaft im beschlussfassenden Rat des PPDDH strich. Dazu sagt das CBDDH (*Comitê Brasileiro de Defensoras e Defensores de Direitos Humanos*, Brasilianisches Komitee von Menschenrechtsverteidiger*innen): „Das Fehlen einer Gesetzesgrundlage schwächt die Schutzpolitik und trägt zur ihrer Stagnation und ihrem wachsenden Verfall in den letzten Jahren bei, wie es auch mit der Veröffentlichung dieses letzten Dekrets der Fall ist“.

Neue Konstellationen und die Rolle von PAD

Angesichts der Rolle von PAD und der Herausforderungen, mit denen uns die Situation konfrontiert, müssen die Organisationen der Zivilgesellschaft und die zur Stärkung der

Demokratie vorgeschlagenen Initiativen unterstützt und dafür gesorgt werden, dass der brasilianische Staat seine Rolle als Garant der Menschenrechtspolitik wahrnimmt. Daher muss dringend in politische Maßnahmen zur institutionellen Nachhaltigkeit der Organisationen investiert werden. Es müssen kollektive Initiativen gefördert und unterstützt werden, zum Beispiel Aktionen mit Öffentlichkeitswirkung im nationalen und internationalen Bereich. Es müssen Erfah-

rungen von Projekten zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen studiert werden, die von der Zivilgesellschaft anderer Ländern geleitet werden, und es müssen der Austausch und der Lernprozess unter Organisationen im internationalen Bereich gefördert werden.

Ein Beispiel dieser Strategie ist die Partnerschaft, die PAD, MNDH (*Movimento Nacional de Direitos Humanos* – Nationalbewegung der Menschenrechte) und Partner von Misereor im Bereich der *Articulação de Monitoramento dos Direitos Humanos* (Koordination der Überwachung der Menschenrechte) verbindet. Dabei geht es um die Durchführung von Workshops zu Weiterbildung und Austausch, der Erarbeitung von periodisch erscheinenden Berichten und Aktionen im nationalen und internationalen Bereich, wie zum Beispiel die Überreichung des Berichtes bei der UN-Kommission für Menschenrechte und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im September 2017, zusammen mit einer Agenda des Dialogs mit internationalen Organisationen.

Organisationen der Zivilgesellschaft, Körperschaften der Zusammenarbeit, Netzwerke und Koordinationen müssen dringend eine Struktur oder einen Prozess zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen neu erarbeiten, die über die institutionellen Konstellationen hinausgehen, die vom brasilianischen Staat gefordert werden, ohne dabei die Forderungen des brasilianischen Komitees von Menschenrechtsverteidiger*innen zu vergessen, unter denen besonders hervorgehoben werden muss: „Unverzüglich den

Nationalplan zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen umsetzen, durch die Garantie von Haushaltsmitteln und der Schaffung von Koordinationsmechanismen zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Ausführung von Aktionen und politischen Maßnahmen im Bereich der Menschenrechte in Brasilien zuständig sind“.

Gleichzeitig ist es unabdingbar, die Perspektive der internationalen Solidarität zu stärken, um die Kräfte der Organisationen vor Ort zu potenzieren und neue Formen der Partnerschaft im Bereich der Internationalen Kooperation zu finden. ■

* Júlia Esther Castro França ist Exekutivsekretärin bei PAD (Processo de Articulação e Diálogo, Vernetzungs- und Dialogprozess). Ihre Kollegin Juliana Miranda ist in Brasilien die Verantwortliche für Projekte der Konfliktüberwindung und Menschenrechte für HEKS/EPER (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz).

Die dreiköpfige Delegation des Koordinierungskreises zur Beobachtung der Menschenrechtslage in Brasilien, mit Júlia Castro, Daniel Rech und Romi Bencke, war im Juni in Europa zu Besuch. Die brasilianischen Gäste gehören jeweils Partnern von Brot für die Welt, HEKS und Misereor an, die die Menschenrechtssituation in Brasilien seit Jahren beobachten und ihre Expertise in Kommissionen, Beiräten und Gremien

Lobbyarbeit für Menschenrechte: Delegation prangert Verstöße und Rückschläge an

von Uta Grunert*

einbringen. Als Vertreter*innen von 500 brasilianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen¹ liegt ihr Schwerpunkt seit 2005 im Monitoring der so genannten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte² (auch wsk-Rechte oder Sozialrechte genannt), die im Zuge der Industrialisierung konkret ausgestaltet wurden, sind im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) festgeschrieben. Diese Rechte schützen Menschen vor Ausbeutung und sichern ihnen die Erfüllung von bestimmten Ansprüchen, wie auf Nahrung, Bildung und Gesundheit zu.

Im Gepäck hatte die Delegation eine englische Broschüre „*Human Rights and Democracy in Brazil – Violation and Setbacks*“ (Menschenrechte und Demokratie in Brasilien – Verstöße und Rückschläge³), die Beobachtungen zu Fehlentwicklungen im Menschenrechtsbereich sowie konkrete Handlungsanweisungen an die brasilianische Regierung enthält. Diese Informationen sollten diverse NGOs und kirchliche Hilfswerke in der Schweiz und in Deutschland sowie den Menschenrechtsgerichtshof in Genf erreichen. Verhandelt wurde in Genf zu diesem Zeitpunkt die Deklaration internationaler Bauernrechte, die langfristig einen Rechtsanspruch auf Zugang zu Land sichern sollen. Betroffen von Menschenrechtsverletzungen sind indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften, Kleinbauern und –bäuerinnen, landlose Arbeiter*innen, Wohnungslose sowie Menschen, die auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder prekären finanziellen Lage in urbanen Randlagen diskriminiert werden.

Der Bericht konstatiert eine spürbare Verschlechterung der Menschenrechtslage seit 2014 und stellt den Zusammenhang zum Kampf um Land (Territorien) her. Er nennt das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff von 2016 eine strategische Entscheidung zu Gunsten des internationalen

- 1 PAD setzt sich aus Vertretern aus vier Bereichen zusammen: Soziale Bewegungen, NGOs, ökumenische Bewegungen und Hilfswerke der ökumenischen Zusammenarbeit in Europa. Seit seiner Gründung waren folgende europäische Organisationen beteiligt: AIN (Ajuda da Igreja da Noruega [Hilfe der Norwegischen Kirche], Norwegen – bis 2016), CAID (Christian Aid, Großbritannien), ICCO (Interkirchliche Koordination Kommission Entwicklungshilfe, Niederlande – bis 2014), Solidaridad (Niederlande, bis 2010) und PPM (Pão para o mundo [Brot für die Welt] [Deutschland]).
- 2 Die Mitarbeit der Organisationen geschieht durch die Themengruppen „Kriminalisierung der gesellschaftlichen Kämpfe und Menschenrechte“ und der Themengruppe „Gemeinsame Güter“. Der vorliegende Artikel entstand unter Mitarbeit der TG Kriminalisierung.
- 3 Anmerkung der Übersetzerin: Bala, Boi, Biblia bezeichnet keine wirkliche „Fraktion“, sondern symbolisch eine Gruppe von Abgeordneten aus der großen Mehrzahl der Parteien, die einem der politisch mächtigen Sektoren im Land angehören oder nahestehen: Kugel – organisierte Kriminalität; Stier – Großgrundbesitzer, Agrobusiness usw.; Bibel – Mitglieder (ultra-)konservativer Kirchen mit fundamentalistischem Bibelverständnis.
- 4 Anmerkung der Übersetzerin: In der Kolonialzeit waren Quilombos Siedlungen von geflohenen Sklav*innen; heute sind es Gemeinden von Nachfahren versklavter Menschen, die wie andere traditionelle Gruppen Sonderstatus haben. Fundo e Fecho de Pasto (wörtlich etwa: Ende und Abschluss der Weide) ist eine kollektive Organisationsform von kleinen Landwirtschaftsgemeinden, die vor allem in Bahia mit traditionellen Weidepraktiken arbeiten.
- 5 Veröffentlichung: August 2017. Anmerkung der Übersetzerin: INCRA (Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária – Nationalinstitut für Kolonisierung und Landreform) ist die Behörde, die eigentlich zur Durchführung der Landreform gegründet wurde, sich aber in der Praxis fast nur auf Katasterangelegenheiten beschränkt. FUNAI (Fundação Nacional do Índio – Nationale Indio-Stiftung) ist die Regierungsbehörde, welche für den Schutz der Indigenen und ihrer Rechte zuständig wäre.
- 6 Zahlen des Nationalteams vom Mai 2017.

Finanzmarkts sowie politischer und wirtschaftlicher Eliten. Die politischen Folgeentwicklungen unter dem neuen Präsident, Michel Temer, stellten eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie und das schlimmste Szenario seit dem Ende der Militärdiktatur dar, konstatieren die Menschenrechtsbeobachter*innen. Der Schwäche der brasilianischen Demokratie sei es auch anzulasten, dass bis dato keine politische Reform durchsetzbar gewesen sei. Gesellschaftliches Empowerment werde bislang von ultrakonservativen und basisfernen Gruppierungen verhindert.

Die Broschüre empfiehlt u.a. die Einrichtung einer Kontrollinstanz / eines Audits für Schulden des öffentlichen Sektors. Außerdem müssten die Gesetzesänderungen zur sogenannten Rentenreform und im Arbeitsrecht (*Reforma trabalhista*⁴) gestoppt werden. Sie würden ohne Einbeziehung von Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen durch ein nicht demokratisch legitimes Parlament durchgedrückt, ohne die wsk-Rechte zu berücksichtigen.

Rassismus ist immer noch eine wichtige Ursache für Ungleichheit und Benachteiligung in Brasilien. Afrobrasilianer*innen sind von niedrigerem Lohnniveau, schlechtem Bildungszugang sowie unzureichenden Beschäftigungszahlen betroffen. Sie leiden überdurchschnittlich unter prekären Wohnverhältnissen, Gewalt und Kriminalisierung durch die brasilianische Regierung und ihrer Polizeiorgane. Hohe Anteile an Selbstmorden und Gefängnisstrafen unter afrobrasilianischen Jugendlichen bezeugen eine Politik der sozialen Kontrolle, die Tote und Inhaftierte produziert. Gleichzeitig ist diese Gruppe völlig unterrepräsentiert, wenn es um politische Mandate und Entscheidungsfindung geht. Dabei stellt sie mit 54 % die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung dar. Daraus lässt sich ableiten, dass Brasilien selbst 129 Jahre nach Abschaffung der

Sklaverei und 29 Jahre nach Verabschiedung der brasilianischen Verfassung immer noch auf vielen Ebenen mit Rassismus zu kämpfen hat. Der Menschenrechtsbericht empfiehlt die juristische Verfolgung und Aufklärung von Morden an schwarzen Jugendlichen und jungen Männern, außerdem strengere Kontrolle der Polizei bei Verhaftungen. Hier sind besonders junge schwarze Frauen Ziel von Übergriffen und Gewalt. Die Überwindung von institutionellem Rassismus verlange zudem Anstrengungen für einen gerechteren Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitswesen und zu Bildungsangeboten. Der Menschenrechtsbericht stellt fest, dass gegenüber der afrobrasilianischen Bevölkerung bislang weder die nationalen Gesetze noch internationale Konventionen wie die Konvention zur Eliminierung von jeglicher rassistischer Diskriminierung zur Anwendung kommen.

Die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen stellt einen weiteren Schwerpunkt des Monitorings dar. Sowohl in urbanen wie auch in ländlichen Gebieten seien sie durch ihren Einsatz häufig Lebensgefahr ausgesetzt. Der brasilianische Staat unterstütze nicht die Menschenrechtsverteidiger*innen, Anführer*innen von Territorialkämpfen oder Vertreter*innen von sozialen Bewegungen, sondern stelle sich mit seinen juristischen Instrumenten und Institutionen auf die Gegenseite der wirtschaftlich und politisch mächtigen Gruppen. Trauriger Beweis sind die hohe Anzahl an Morden und die medialen Hetzkampagnen, die die Anwendung der Verfassungsrechte von 1988 unterminieren sollen. So kam es nach Angaben der Fachstelle für Landfragen der brasilianischen Bischofskonferenz (Comissão Pastoral da Terra / CPT), ebenso Partner von Brot für die Welt, Misereor und HEKS, zwischen 1995 und 2014 zu 3.964 Verhaftungen im Zusammenhang mit

dem Kampf um Land bzw. im Kontext von Landbesetzungen. Betroffen waren Arbeiter*innen, Führungspersonen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie Menschenrechtsverteidiger*innen.

Auch im städtischen Kontext gibt es Belege für erhöhte Gewalt in Form von Bedrohung der freien Meinungsäußerung. Sie äußert sich gegenüber kritischen Stimmen der jeweiligen Bewegungen. Betroffen sind hier Journalist*innen, Blogger*innen, Radiomacher*innen und Eigner*innen von Kommunikationsmedien. Die NGO Artigo 19⁵ belegt in einer Studie 121 Fälle von schwerer Gewaltanwendung (häufig Morddrohungen, Morde und Mordanschläge) in einem

Polizisten schützen eine evangelikale Kirche beim Generalstreik in Florianópolis
Quelle: Mídia Ninja / www.flickr.com (CC BY-SA 2.0)



Untersuchungszeitraum von 2012 bis 2014.

Der Menschenrechtsbericht empfiehlt u.a. die Beschleunigung der Gesetzesneuaufgabe von 4575/2009 zur Einrichtung eines Schutzprogramms für Menschenrechtsverteidiger*innen. Bislang ist hier kein polizeilicher Schutz vom Staat vorgesehen. Gefordert wird außerdem die Aufarbeitung und Strafverfolgung der Tötung von Menschenrechtsverteidiger*innen der vergangenen 30 Jahre.

Indigene Völker, *Quilombos* und traditionelle Gemeinschaften wurden von der brasilianischen Gesetzgebung mit einem besonderen Schutz ausgestattet. Indigene haben durch die Verfassung von 1988 Anspruch auf ihr traditionelles Land (Artikel 231). Die Regierung ist verpflichtet, ihnen diesen Landanspruch durch Gebietsausweisungen zu gewähren. Ähnliche Gebietsansprüche dürfen *Quilombola*-Gemeinschaften für sich geltend machen. Hier ist die Regierung ebenfalls in der Pflicht, die Landtitel auszustellen (Artikel 68). Die aktuelle brasilianische Politik ist durch einen vehementen Angriff auf diese Rechte gekennzeichnet. Unter dem Stichwort „Entwicklungspolitik“ werden immer neue Gesetzesinitiativen im Parlament eingebracht, die natürliche Ressourcen für Wirtschaftsinteressen nutzbar machen soll, selbst wenn damit Landrechte von Indigenen, *Quilombolas* oder traditionellen Völkern verletzt werden. Außerdem wird die Umsetzung des Rechtsanspruchs der traditionellen Völker und Gruppen verschleppt oder sogar ganz ausgesetzt. Die bedrohlichste Gesetzesinitiative in diesem Zusammenhang ist die PEC 215/2000, die die Entscheidungsbefugnis über Landausweisung von der Exekutive auf die Legislative überträgt. Außerdem die Verordnung 227/2012, die wirtschaftliche Nutzungen durch Nicht-Indigene auf indigenem Territorium zulässt, bis hin zur Besetzung des Territoriums und zum Gesetzesvorhaben PL 1610/96, das Bergbauinteressen und den Abbau mineralischer Rohstoffe auf indigenem Territorium erlauben soll.

Der Menschenrechtsbericht empfiehlt u.a. die Ablehnung aller Gesetzesänderungen, die einen Rückschritt gegenüber der Verfassung von 1988 in Bezug auf Landanspruch und -zugang von Indigenen, *Quilombolas* und anderen traditionellen Gemeinschaften bedeutet. Er fordert die Berücksichtigung und Beteiligung dieser Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse.

In den vergangenen 15 Jahren hat die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen (Metallen, Industriemineralien, Steine und Erden) weltweit stark zugenommen. Die starke Nachfrage aus China sowie Finanzspekulationen im Rohstoffbereich haben dies befördert. Die Folgen waren ein

Rückgang der weltweit vorhandenen Vorkommen und eine aggressive Nachfrage in neuen Regionen und Ländern. In vielen Ländern des Südens werden gleichzeitig die Abbau- und Sicherheitskosten so weit abgesenkt, dass es zu Umweltkatastrophen (Beispiel Mariana bzw. das Samarco-Verbrechen am Rio Doce im Nov. 2015) kommen kann. Brasilien ist in diesem Zusammenhang für ausländische und transnationale Konzerne von großem Interesse. Es birgt neben Eisenerz und Bauxit (für Aluminium) auch Vorkommen von Kupfer, Gold, Niob und Nickel. Brasilien erkennt diese neue Vormachtstellung bislang nicht an und wird auch den damit verbundenen Risiken von Landkonflikten, Umweltproblemen, arbeitsrechtlichen und kulturellen Schwierigkeiten nicht gerecht. Als Konsequenzen aus mineralischem Rohstoffabbau müssen sozioökonomische sowie ökologische Auswirkungen erwartet und reguliert werden.

Der Menschenrechtsbericht fordert u.a. Transparenz und demokratische Strukturen für den Umgang der brasilianischen Regierung mit ihren mineralischen Rohstoffen. Das Recht der lokalen Bevölkerung auf Anhörung, Zustimmung oder Veto müsse respektiert werden. Es brauche dringend eine Reglementierung der Abbaumengen und -geschwindigkeit, eine Ausweisung von abbaufreien Zonen, sowie die Einhaltung und Kontrolle von Arbeitsschutzbestimmungen und Umweltschutzmaßnahmen. Die Vorgaben und Schutzbestimmungen der ILO 169 seien einzuhalten, wenn Bergbaukonzessionen auf indigenem und traditionellem Land angestrebt werden.

In Berlin schloss die Delegation in Begleitung von Brot für die Welt und Misereor ihre Reise mit Begegnungen mit Parlamentarier*innen und Mitarbeiter*innen der Entwicklungszusammenarbeit ab, um über die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, der Demontage indigener Landrechte und die menschenrechtlichen Auswirkungen beim Abbau mineralischer Rohstoffe in Brasilien zu informieren und sich internationale Unterstützung im Umgang mit der brasilianischen Regierung zu holen. ■

* Uta Grunert arbeitet in der Geschäftsstelle von KoBra in Freiburg. Der Text ist im Rahmen des Dossiers „Politische Konjunkturanalyse“ für Brot für die Welt entstanden.⁶

1 www.monitoramentodh.org.br
 2 <http://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de/themenschwerpunkte/menschenrechte/wirtschaftl-soziale-kulturelle-rechte/>
 3 <https://medium.com/@padbrazil/human-rights-and-democracy-in-brazil-violations-and-setbacks-4ff95ac2ee8>
 4 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/politische-konjunkturanalyse-juli-2017>
 5 <http://artigo19.org/wp-content/blogs.dir/24/files/2017/05/Viola%20do%20Artigo%2019-da-Constitu%C3%A7%C3%A3o-Liberdade-de-Express%C3%A3o-Relat%C3%B3rio-Anual-2016-1-1.pdf>
 6 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/politische-konjunkturanalyse-juli-2017>.

Nervös trippelt Marcelo* von einem Bein auf das andere. Er leidet unter Mangel an Bewegung, ist 23 Jahre alt, kurzgewachsen, hat kindliche Gesichtszüge. Auf dem rechten Arm findet sich ein Clowntattoo, auf dem linken ein brennendes Herz. Ein Diamant ist in seine kurzen Haare einrasiert, der typische Favela-Look. Nur seine Bekleidung passt nicht ganz ins Bild des coolen Jungen aus der Vorstadt: beige Hose,

Schule des Verbrechens

Brasilien schottet seine Gefängnisse ab, Presse unerwünscht

von Niklas Franzen*

schlichtes weißes Shirt, Flip-Flops. Das ist die Einheitskleidung hier. Marcelo sitzt im Gefängnis.

Zwei Stunden zuvor, irgendwo am Rand einer brasilianischen Großstadt. Es nieselt, dicke graue Wolken kleben am Morgenhimmel. Schon von weitem sehe ich den weißen Klotz. Mit seinen hohen Wachtürmen und kahlen Mauern erinnert das Gefängnis an eine mittelalterliche Burg: abweisend, kalt, majestätisch. Vor dem Eingang warten Frauen in knallbunten Trainingsanzügen, Reisetasche in der einen, ein Kind an der anderen Hand. Es ist Besuchstag, der Andrang groß. Doch was in den brasilianischen Haftanstalten passiert, soll nicht nach außen dringen. Journalist*innen warten deshalb jahrelang auf eine Besuchserlaubnis – zumeist erfolglos. Über viele Umwege habe ich eine Genehmigung erhalten und bin als deutscher Missionar angemeldet. Vorsorglich habe ich mir eine Kette mit Kreuz um den Hals gehängt.

Endlich eingelassen, sind viele Stahltüren zu passieren, es geht vorbei an grimmig dreinschauenden Wachmännern mit Telefonzellenstatur. Ich blicke in etliche Gewehrläufe. Vieles bei dieser Exkursion wirkt abschreckend und willkürlich. Später wird mir gesagt, dass die vielen Kontrollen beabsichtigt seien, um Besucher einzuschüchtern, auch durch eine Untersuchung per Ganzkörperscanner.

Schließlich ist der „Käfig“ erreicht, die Schwelle zwischen Freiheit und Gefangenschaft. Vor den schweren Gitterstäben haben die Wärter das Sagen, dahinter die Gefangenen. Wie fast überall in Brasilien sind auch in dieser Anstalt die Häftlinge sich selbst überlassen. Die Wärter betreten die Blöcke so gut wie nie.

Krachend fällt hinter mir die Gittertür ins Schloss. Auf der anderen Seite schließt mir ein Mittvierziger in Gefängniskluft auf. Willkommen, ein schwerer Händedruck, eine Umarmung, und ich stehe auf einem von Tageslicht durchfluteten Fußball-

platz. Kurz wird das Spiel gestoppt. Hunderte Männer blicken neugierig herüber, dann geht das Spiel weiter, und flinke Füße dribbeln wieder blitzschnell über den Steinboden, während hinter den Fußballtoren Wäsche getrocknet wird. Zweimal am Tag öffnen und schließen sich die Türen der Zellen automatisch. In der Regel können die Häftlinge insgesamt vier Stunden auf dem Hof oder in den Gängen verbringen, vier Stunden einen Hauch von Bewegungsfreiheit und Würde genießen.

Als ich eine Zelle betrete, schlägt mir der beißende Geruch von Urin, Schweiß und Rauch entgegen. Obwohl es an diesem Tag draußen eher kühl ist, lässt sich die dumpfe Hitze kaum ertragen. An den Wänden: Heiligenbilder, Wappen von Fußballteams,

kunstvolle wie weniger ästhetische Zeichnungen. Ein kleiner Fernsehapparat hängt über dem Eingang – Modell 1980er Jahre. „Bruna, ich liebe dich“, hat jemand an eine Wand gekritzelt. In dieser Zelle ist eigentlich nur Platz für acht Gefangene, tatsächlich schlafen hier annähernd 50 Menschen in acht Betten, in selbstgebastelten Hängematten, die von der Decke hängen, oder auf dem „Strand“, wie der Zellenboden genannt wird.

Massaker im Knast

„Wir können uns kaum bewegen“, sagt Marcelo. Als sich später die Zellentür schließt, sehe ich, was er meint: Körper an Körper, dichtgedrängt. Es ist kaum ein Quadratmeter Platz für jeden Häftling. Wie eine dichte Masse aus nacktem Fleisch sitzen und liegen sie da.

Fast alle Haftanstalten sind hoffnungslos überfüllt, was kaum erstaunt, da derzeit über 600.000 Brasilianer hinter Gittern sitzen. Gemessen an der Bevölkerungszahl ist das die viert-höchste Häftlingsquote weltweit. Die Folge: In vielen Vollzugsanstalten sind heute fünfmal mehr Gefangene interniert, als es die Kapazität zulässt. Wasser zum Waschen gibt es häufig nur zwei oder drei Stunden am Tag.

Schnell bin ich umringt von einer Gruppe Gefangener. Ich blicke in 30 Augenpaare. Wenn man Gesichter der Armut und Verzweiflung beschreiben müsste, sähen sie wohl so aus. Fehlende Zähne, viele Narben, desolate Brillengestelle, ernste und traurige Blicke, die meisten sind schwarz und stammen aus den Randzonen der Metropolen. Auch Marcelo kommt von dort, wo die wenigsten eine Abwasserversorgung kennen, Schusswechsel alltäglich sind und viele junge Männer eher ein Gefängnis als ein Klassenzimmer von innen gesehen haben. Seit knapp zwei Jahren ist Marcelo hier. Sein Vater wurde erschossen. Die kleine Tochter hat er noch nie gesehen. Was hat er verbrochen? Darüber spricht man nicht. „Ich will so schnell

wie möglich raus zu meiner Familie, etwas lernen und meiner Mutter helfen“, beteuert er.

Bis heute sitzen die meisten brasilianischen Gefangenen wegen Drogendelikten ein. Einer davon ist Wilson. Eigentlich müsste er schon längst wieder draußen sein, erzählt der hagere Mann, während er mit einem Rosenkranz aus Plastik herumspielt. „Ich habe seit Monaten nichts mehr von meinem Anwalt gehört. Deshalb ist Gott jetzt mein Anwalt.“ Wie Wilson ergeht es vielen. Tausende Gefangene sitzen förmlich auf der Wartebank. Status ungeklärt. Wilson will dann doch nicht allein Gott vertrauen, sondern mir eine Nachricht für seinen Anwalt mitgeben: „Kannst du einen Anruf für mich machen, Bruder?“ Gerichtsprozesse gegen Kleindealer wie Wilson dauern oft nur Minuten und gehen ohne Pflichtverteidiger vonstatten, häufig nur mit Polizisten als Zeugen. Menschenrechtsaktivisten sind überzeugt: Das ist so gewollt. Der „Krieg gegen die Drogen“ sei in diesem Land längst ein Feldzug gegen die Armen.

Was ihn am meisten belastete, frage ich Marcelo. „Das Essen ist schlecht, oft sogar verdorben.“ Und die gesundheitliche Fürsorge? „Wenn man zur Krankenstation geht, kommt man kränker zurück.“ Das Gefängnishospital, das außerhalb der Blöcke mit den Gefangenen liegt, darf ich nicht besuchen. Wegen eines Tuberkulose-Falls, wird mir erklärt. Viele Häftlinge müssten dringend behandelt werden, man sieht Wunden und Entzündungen, es wird gehustet und gestöhnt, es gibt Fälle von Krätze – die Reihe der Beschwerden ist lang.

Natürlich sind die unmenschlichen Bedingungen Nährboden für kriminelle Gangs, die seltene Güter zu bieten haben: Schutz, Zuneigung, Gemeinschaft, zusätzliche Nahrungsmittel. Oft haben die Gefangenen keine andere Wahl, als sich anzuschließen und damit auch eine „Schule des Verbrechens“ zu besuchen, so dass viele die Haftanstalten als potenzielle Wiederholungstäter verlassen.

Zu Jahresbeginn war das Schattenreich der Gefängnisse für kurze Zeit weltweit medial präsent. Über hundert Menschen starben, besser gesagt: wurden abgeschlachtet. Es gab abgehackte Köpfe, herausgerissene Herzen, gegrillte Leichen. Bilder wie in einem schlechten Splatterfilm. Die Regierung hatte die Schuldigen schnell benannt. Die Massaker wurden zur Folge barbarischer Konflikte zwischen verfeindeten Banden erklärt. Menschenrechtsaktivisten prangerten hingegen an, dass der Staat für das Blutbad verantwortlich sei. Erst das System der Massenhaft habe solche Gräueltaten ermöglicht. Dem rechten Präsidenten Michel Temer fiel dazu nicht mehr ein, als zu verkünden: Wir brauchen mehr Gefängnisse, noch mehr Polizei, noch mehr Repression. Als wollte er vorsorglich den nächsten Gewaltausbruch bekannt geben.

Andererseits sorgen die Gangs in den Gefängnissen für Ordnung, sie sind das Rückgrat für die Selbstverwaltung der Gefangenen. Durch sie werden Reinigungsdienste eingeteilt, Zellen belegt, Post und Essen verteilt. Als Aufsicht funktionieren sie notfalls auch und können Gewalt verhindern. Und es fehlt nicht an Kreativität – an einen Besenstiel gebundene Wasserflaschen benutzen die Häftlinge als Gewichte, auf einem selbstgebauten Grill wird Essen aufgewärmt, ein Gefangener dreht sich aus einer Seite meines Notizblocks eine Zigarette.

In einem anderen Trakt sind Lesben, Schwule und Transsexuelle untergebracht. Gisele ist eine von vielen Transfrauen und seit einem Jahr in Haft. Sie schaut mir, an ihre Zellentür gelehnt, entgegen, und spielt mit einem Finger an ihrer schwarzen Lockenpracht. „Für uns ist die Situation extrem schwierig. Das Gefängnis ist nicht für uns gemacht.“

Sklavenarbeit für zwei Euro

Die Zellen für diese Gefangenen liegen außerhalb der Blöcke. Ein schmaler Gang verbindet zwei Löcher in Küchengröße. Nur durch einen schmalen Spalt im Mauerwerk fällt Licht in die Räume, ansonsten ist es stockdunkel. Menschliche Regungen bemerke ich erst, als sich mehrere Körper den Gitterstäben nähern. Einer davon gehört Bruno, der seit zwei Monaten einsitzt. Über den Kopf hat er sich eine Decke gezogen, seine Zähne klappern, seine Augen blinzeln und sind wegen der Finsternis fast geschlossen. Bruno zieht sein Shirt hoch. Auf dem Bauch klebt ein großes Pflaster. „Ich bin bei meiner Festnahme angeschossen worden. Meine Wunde hat sich entzündet, aber einen Arzt habe ich seit Tagen nicht mehr gesehen.“ Der LGBT-Trakt ist die letzte Station meines Rundgangs. Dort machen die Strafzellen ihrem Namen eine besonders traurige Ehre.

Kurz vor dem Ausgang darf ich noch einen Blick in einen Raum werfen, in dem rund 40 Gefangene sitzen und an Nähmaschinen arbeiten. Für eine Bekleidungsfirma werden kleine Stoffschleifen produziert. Pro Tag erhalten die Häftlinge umgerechnet zwei Euro. Sklavenarbeit nennen sie das.

Ich muss gehen. Schlüssel klappern, wieder passiere ich Türen, Gitter, in Mauern verankerte Sperren aus Stahl. Dann bin ich draußen. Hinter mir liegt ein Stück Hölle.. ■

* Niklas Franzen ist freier Journalist und Redakteur der Lateinamerika-Nachrichten. Twitter: @niklas_franzen.

Erstveröffentlichung in DER FREITAG vom 13. Juli 2017 (S. 10).

Ziele der Gefängnispastorale, der Fachstelle der Brasilianischen Bischofskonferenz für Menschen in Haft, sind die Evangelisierung und die Förderung der Menschenwürde. Mit ihren Pastoralteams will sie auf eine Welt ohne Gefängnisse hinwirken. Ihr Ansatz ist, den Gefangenen zur Seite zu stehen, ihre ganzheitliche Befreiung zu suchen, für die Aufhebung aller Gesetze zu kämpfen, die die Würde und die Grundrechte von Gefangenen verletzen, und für die Achtung der Menschenwürde einzutreten.

Grundlagen der “restaurativen Gerechtigkeit“: Die zunehmende Judikalisierung von Konflikten und Masseninhaftierung

Auswirkungen und Alternativen

von Pater Valdir João Silveira*

Die zunehmende Judikalisierung von Konflikten und die Praxis des brasilianischen Strafvollzugs

Nach der Strafverfolgungsstatistik des Justizrates (*Conselho Nacional de Justiça - CNJ*)¹ gab es 2015 etwa 6 Millionen nicht erledigte Strafverfahren, die sich noch in dem Verfahrensstadium befanden, in dem Beweise erhoben werden (z.B. durch Urkunden, Sachverständige, Zeugen) und die Verfahrensbeteiligten gehört werden. Darüber hinaus kamen allein im Jahr 2016 insgesamt 2,5 Mio. neue Verfahren hinzu.

Die zunehmende Judikalisierung von Konflikten offenbart auf tragische Weise den strukturellen Autoritarismus und die Punitivität des brasilianischen Staates. Studien zeigen eine deutliche Zunahme bei der Verhängung von Haftstrafen durch brasilianische Gerichte. Den im Juni 2014 veröffentlichten Zahlen des CNJ zufolge belief sich die Zahl der Gefängnisinsassen auf 711.463 Personen. Brasilien ist damit nach den USA und China weltweit das Land mit der dritthöchsten Zahl von Häftlingen, wie aus den Zahlen des International Centre for Prison Studies des King's College in London hervorgeht.

Wer sind diese Häftlinge? Auf wen zeigt das selektive brasilianische Justizsystem mit dem Finger? Auch wenn manche Informationen nicht verfügbar oder verzerrt sind, kann man durchaus behaupten, dass etwa 80 % der

Gefängnisinsass*innen wegen Drogen- und Eigentumsdelikten einsitzen, nur 10 % wird ein Kapitalverbrechen zur Last gelegt². 67 % der Häftlinge sind Afrobrasilianer*innen, 56 % Jugendliche und 80 % haben kaum Schulbildung (bestenfalls haben sie die Grundschule besucht)³. Insgesamt lässt sich sagen, dass bei der Bestrafung vor allem junge, arme Afrobrasilianer*innen von der Selektivität des Justizsystems betroffen sind.

Verschärft wird diese Situation durch die katastrophalen Zustände in den Haftanstalten: überbelegte, häufig dunkle, feuchte Zellen, ohne Lüftung, ohne ein Mindestmaß an hygienischen Bedingungen, angemessener Kleidung, oftmals mit einer schlechten Nahrungs- (und Wasser-)qualität und ohne (oder nur eingeschränktem) Zugang zu ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung. Aber damit noch nicht genug, nur 11 % der Gefangenen haben Zugang zu Bildungsangeboten und nur 16 % zu Arbeit, was die Folge der offensichtlichen Unfähigkeit der Gefängnisverwaltungen zu sein scheint, geeignete Dienstleistungen für ein exponentiell wachsendes Publikum bereitzustellen⁴.

Die Folgen der Masseninhaftierung sind vielfältig, insbesondere Überbelegung der Zellen, häufige Misshandlungen und Folter, häufige Aufstände und Massaker in den Gefängnissen und eine Zunahme der Gewalt in der Gesellschaft, um nur einige zu nennen.

Das Jahr 2017 ist von Massakern in brasilianischen Gefängnissen geprägt. Allein in den ersten 15 Tagen des Jahres gab es insgesamt 142 Tote⁵, bereits mehr als die 111 Toten des Massakers von Carandiru⁶.

Vorgeschlagene Alternative

2014 haben einige Organisationen - darunter die Gefängnispastorale eine Nationale Agenda zur Haftentlassung⁷ auf den Weg gebracht, die wirksame Maßnahmen für die Verringerung der Zahl der Inhaftierten vorschlägt - darunter eine weitgehende Einschränkung des Strafjustizsystems und den Aufbau einer horizontalen Justiz.

Mit dem Ziel, die staatliche Punitivität zurückzudrängen, die Masseninhaftierung zu beenden, die Grundsicherheiten und die Achtung der Menschenwürde zu stärken, sowie mehr Alternativen für eine horizontale, gewaltlose und gemeinwesenorientierte Konfliktlösung zu schaffen, setzt sich die Gefängnispastorale für die Implementierung der restaurativen Gerechtigkeit ein.

Die restaurative Gerechtigkeit unterscheidet sich von der



Die Gefängnisse in Brasilien sind meist überlegt, die Bedingungen für die Häftlinge dadurch unerträglich
Quelle: Pastoral Carcerária Nacional, Brasilien

traditionellen, punitiven, selektiven und klassenorientierten Justiz in der Form, dass sie nicht nur bei der Lösung eines Konflikts vermittelt, sondern den Konflikt selbst angeht, bei demjenigen, der die Aggression/Straftat begangen hat und demjenigen, der Opfer dieser Aggression/Straftat geworden ist. Sie stellt beide einander gegenüber, um herauszufinden, was wirklich geschehen ist und was die Ursachen sind⁸. Die restaurative Gerechtigkeit bindet das Opfer und den Täter ein und gibt ihnen das Verfahren zur Konfliktlösung zurück. Dabei wird auch das Gemeinwesen in einem horizontalen Prozess beteiligt, um die Vertikalität, die Distanz und die Gewalt des staatlichen Strafjustizsystems zu überwinden.

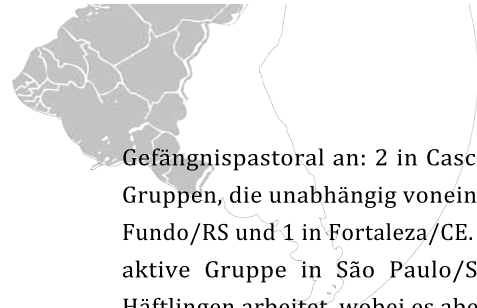
Wie Prof. Horácio Zarate von der Universität Castilla La Mancha lehrt, „ist die restaurative Gerechtigkeit keine Reformbewegung des Strafverfolgungssystems, denn sie zielt auf die Abschaffung dieses Systems. (...) Daraus ergibt sich, dass die restaurative Gerechtigkeit keine Ergänzung zum Strafverfolgungssystem ist, denn sie will es durch andere Formen der Konfliktlösung ersetzen. Andererseits können die theoretischen und praktischen Ansätze, die nur Alternativen vorschlagen, ohne nach Wegen zur Abschaffung der Strafe zu suchen, nur dazu dienen, das Netz der sozialen Kontrolle auszuweiten.

Die Gefängnispastorale bemüht sich intensiv, diesen Ansatz in Brasilien voranzubringen und führt seit etwa zehn Jahren

landesweit Fortbildungen in Restaurativer Gerechtigkeit durch. Es handelt es sich dabei um folgende Kurse: *Escola de Perdão e Reconciliação* („ESPERE“ - frei übersetzt: Schule für Vergebung und Versöhnung), oder Grundlagen der Restaurativen Gerechtigkeit; Methoden der Restaurativen Gerechtigkeit; und Ausbildung von Multiplikator*innen. Die ESPERE versucht im Wesentlichen, die Kommunikationsfähigkeit der Betroffenen zu stärken, damit sie die durch die Gewalterfahrung hervorgerufenen Gefühle kommunizieren können, anstatt sie in Vergeltungs- und Gewalthandlungen zu kanalisieren. Das Erleben von Gewaltsituationen löst Gefühle der Wut und Groll aus, die, wenn sie keinen Raum bekommen, wo sie geäußert und besprochen werden können, weitere Gewaltsituationen erzeugen.

Die Ausbildungsmaßnahmen bietet die Gefängnispastoral seit 2010 für ihre Pastoralmitarbeiter*innen, für Gemeinwesen, Gefangene und Gefängniswächter*innen an. Durchgeführt wurden insgesamt: 18 Kurse der ESPERE mit 580 Teilnehmern; 4 Kurse in Methoden der Restaurativen Gerechtigkeit mit 106 Gefangenen; Ausbildung von Ausbilder*innen für eine Gruppe von 26 Personen.

Derzeit gibt es mindestens 4 ausgebildete und aktive Teams der Restaurativen Gerechtigkeit, die konkrete Konflikte bearbeiten und Schulungen durchführen; sie gehören alle der



Gefängnispastoral an: 2 in Cascavel/PR (unterschiedliche Gruppen, die unabhängig voneinander arbeiten), 1 in Passo Fundo/RS und 1 in Fortaleza/CE. Darüber hinaus gibt es eine aktive Gruppe in São Paulo/SP, die ausschließlich mit Häftlingen arbeitet, wobei es aber noch keine Restaurativen Kreise (*Círculos Restaurativos*) gibt, und ein Team in Belo Horizonte/MG, das mit der nationalen Gefängnispastorale zusammenarbeitet und eng mit der *Fundación para la Reconciliación* verbunden ist.

Die Arbeit der Gefängnispastorale, auch wenn sie noch am Anfang steht, hat bereits positive Ergebnisse gezeigt. Die Bildungsmaßnahmen belegen eine spürbare Sensibilisierung der Pastoralmitarbeiter*innen, die mit einer deutlich sichtbaren Veränderung in der Einstellung und Wahrnehmung ihrer eigenen Gewalt einhergeht. Die Bildungsmaßnahmen in den Gefängnissen haben dazu geführt, dass sich die Beziehungen der Gefangenen untereinander verbessert haben, ihre tatsächlichen Bedürfnisse besser wahrgenommen und berücksichtigt werden und sich auch ihr Verhältnis zum Gefängnispersonal verbessert hat. Weitere positive Ergebnisse sind das bessere Verständnis ihrer Geschichte, um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen, die bessere Fähigkeit, ihren Schmerz zu kommunizieren, sei es gegenüber Kollegen*innen oder Behörden, die Umkehrung des Viktimisierungsprozesses sowie die Erhöhung und Stärkung des Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühls. Hinsichtlich der Kurse, die speziell für das Gefängnispersonal durchgeführt wurden, konnte man vor allem eine Wandlung von einer punitiv orientierten zu einer restaurativ orientierten Sichtweise, eine Veränderung in ihrer Haltung gegenüber Disziplinarfragen und eine Verbesserung im Umgang mit den Gefangenen beobachten.

Im Bundesstaat Ceará hat eine andere Gruppe der Gefängnispastoral, die in sogenannten Restaurativen Kreisen aktiv ist, 64 Fälle von Gewalt gegen Frauen begleitet. Um die Gewalt in einem Frauengefängnis zu reduzieren, wurde ein sog. Friedenskreis (*Círculo de Paz*) mit 30 Inhaftierten und der ESPERE-Kurs für 14 ehemalige Gefangene durchgeführt.

Die nationale Gefängnispastoral hat aus verschiedenen Landesteilen Anfragen für die Durchführung von Kursen erhalten. Das zeigt den großen Bedarf, der in den brasilianischen Bundesstaaten auf diesem Gebiet besteht.

Die jetzige Herausforderung ist vor allem, über die Durchführung von Kursen hinauszugehen. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass Teams gebildet und in den Gemeinwesen Raum für die Anwendung von restaurativen, nicht-punitiven Methoden geschaffen werden, um auf diese Weise von der Judikalisierung, der Kriminalisierung und der

Verstaatlichung der Konflikte wegzukommen. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die nicht-punitiven Praktiken von den Gemeinwesen erarbeitet und immer wieder überarbeitet werden, auf der Basis der konkreten Erfahrung, und nicht durch die eine oder andere vorgefertigte Methode eingeschränkt oder vorgegeben werden können. Einen Beitrag zu der Entwicklung und Stärkung solcher Praktiken zu leisten, ist eine dringende Aufgabe, damit der staatlichen Strafverfolgung und der Masseninhaftierung entgegengewirkt wird.

Schlussfolgerung

Die Aufgabe der Gefängnispastorale, Häftlinge zu besuchen, ihre Lage zu überwachen und Misshandlungen, Folter und menschenunwürdige Bedingungen bei den zuständigen Stellen anzuzeigen, sowie konkrete und nicht strafende Alternativen zu suchen, um die Masseninhaftierung in Brasilien umzukehren, ist im Einklang mit den Lehren von Papst Franziskus, der uns sagt: „Ihr Fall könnte meiner gewesen sein“ und „auch ich benötige die Barmherzigkeit“, und damit offenbart, dass er sich ihnen verbunden fühlt, weil er sich bewusst ist, dass auch er ein Sünder ist und sich vor einem Gefängnis fragt: „Warum sie und nicht ich?“.

In der Gewissheit, wie Papst Franziskus lehrt, „dass die Kirche nicht auf dieser Welt ist, um zu verurteilen, sondern um ein Treffen von inniger Liebe und der Barmherzigkeit Gottes zu ermöglichen“, wird die Gefängnispastorale weiter an der Verbreitung der restaurativen Gerechtigkeit in Brasilien und in der Welt arbeiten. ■

* Pater Valdir João Silveira ist Leiter der nationalen Gefängnispastoral Pastoral Carcerária und als Vertreter der lateinamerikanischen Länder Mitglied der I.C.C.P.P.C. (International Commission of Catholic Prison Pastoral Care).

> Übersetzung: Misereor.

1 Siehe http://www.cnj.jus.br/index.php?option=com_content&view=article&id=83669:estatisticas-revelam-aumento-das-condenacoes-de-encarceramento&catid=813:cnj&Itemid=4640.

2 Idem.

3 Siehe <http://www.cartamaior.com.br/?/Editoria/Principios-Fundamentais/Conter-o-poder-punitivo-alternativas-ao-encarceramento-em-massa/40/33871>.

4 Siehe <http://www.cartamaior.com.br/?/Editoria/Principios-Fundamentais/Conter-o-poder-punitivo-alternativas-ao-encarceramento-em-massa/40/33871>.

5 Siehe <http://g1.globo.com/jornal-nacional/noticia/2017/01/nos-primos-15-dias-do-ano-142-morreram-em-presidios-no-brasil.html>.

6 <https://de.wikipedia.org/wiki/Carandiru-Massaker>

7 Siehe: <http://carceraria.org.br/wp-content/uploads/2015/06/Agenda-em-Portugues.pdf>.

8 Siehe: <http://carceraria.org.br/justica-restaurativa-uma-nova-forma-de-fazer-justica.html>.

"Im Theater der Unterdrückten wird die Realität nicht nur so gezeigt, wie sie ist, sondern auch - noch wichtiger - wie sie sein könnte. Dafür leben wir schließlich - um zu werden, was wir potentiell sein könnten."¹

Theater als kollektive Suche nach Befreiung

Der brasilianische Theatermacher Augusto Boal (1931-2009) entwickelte über Jahre das Theater der Unterdrückten, eine partizipative Theaterform, die ihre Aktualität nicht verloren hat und inzwischen in rund 70 Ländern der Welt praktiziert wird. Seine vielfältigen Methoden haben ein gemeinsames Anliegen: Das aktive Handeln des Publikums und eine kollektive Suche nach emanzipatorischer Veränderung.

Das Theater der Befreiung – kreativer Zugang zu Empowerment und kollektiven Lösungen

von Isabella Bischoff*

Beim Forumtheater wird diese Idee am deutlichsten. Ausgangspunkt ist eine Situation, in der jemand Unterdrückung oder Diskriminierung real erfahren hat. Dieser Konflikt wird auf der Bühne inszeniert, mit dem tatsächlichen, unbefriedigenden Ausgang. Denn es geht darum, gemeinsam mit den Zuschauenden die zu Grunde liegenden Machtmechanismen zu erforschen und nach alternativen Lösungen zu suchen. Das Publikum ist aufgefordert, in die Rolle der unterdrückten Protagonist*innen zu schlüpfen, mit dem Ziel einer emanzipatorischen Intervention. Die klassische Trennung von *espectadores* und *atores*, von Zuschauenden und Spielenden, wird aufgehoben. Alle werden zu *espect-atores*.

Es entsteht ein theatraler Dialog, der in erster Linie nicht über Reden, sondern über konkretes Handeln geschieht. Unterschiedliche Lösungen können ausprobiert und auf ihre Wirkweise untersucht werden. Im Spiel wird die Situation - auch die Widerstände der Antagonist*innen - emotional und körperlich erfahrbar. Danach werden die Interventionsversuche auch verbal analysiert.

Boals Ansatz baut darauf, dass persönliche Unterdrückung kein individuelles Problem ist, sondern immer in einem gesellschaftlichen Kontext steht. Deshalb kann auch die Suche nach Veränderung kollektiv geschehen. Im geschützten theatralischen Rahmen kann von den Erfahrungen der Anderen gelernt und eigenständiges politisches Handeln

geprobt werden. Alltagsverhalten wird hinterfragt und durchbrochen und der persönliche Handlungsspielraum erweitert, auch - und das ist das Ziel - für das reale Leben.

Das Theater der Unterdrückten bleibt nicht bei der Darstellung des Ist-Zustands stehen, sondern zielt auf Befreiung. Boals Theater nutzt die Kraft, die im Wunsch der Protagonist*innen nach Veränderung liegt. Die *espect-atores* erleben im Tun, dass gesellschaftliche und persönliche Befreiung machbar ist. Angesichts globalisierter und komplexer Unterdrückungsstrukturen bieten die Methoden Boals wertvolle Ansätze für Selbstbestimmung und Empowerment.

Geschichte und Methodik des Theaters der Unterdrückten

Das Theater der Unterdrückten ist eng verbunden mit den Kämpfen südamerikanischer Befreiungsbewegungen. Augusto Boal gründete 1956 das erste kollektive Arbeitertheater - in Zusammenarbeit mit der Bewegung der Volkskulturzentren und Paulo Freire's Pädagogik der Befreiung. Während der brasilianischen Diktatur wurde Boal verhaftet und gefoltert. Durch internationalen Druck kam er frei und ging ins politische Exil - zuerst in verschiedene Länder Lateinamerikas, dann nach Europa. Im Exil entwickelte er die ersten Formen des Theaters der Unterdrückten, z.B.:

- **Bildertheater:** Mit menschlichen Statuen werden Gruppenbilder zu einem Thema gebaut, die in einem kollektiven Prozess diskutiert und verändert werden.
- **Forumtheater:** Unter Anleitung eines „Jokers“ sind die Zuschauenden eingeladen, durch Stop-Rufe in eine inszenierte Szene einzugreifen und auf der Bühne eine Lösung des dargestellten Konflikts auszuprobieren.
- **Unsichtbares Theater:** Im öffentlichen Raum wird eine Unterdrückungsszene gespielt, die ein Handeln notwendig macht, aber nicht als Theater erkennbar ist. Diese Theaterform entstand als Reaktion auf die politische Repression in den Diktaturen Lateinamerikas.

Während seines Exils stellte Boal fest, dass Unterdrückung in Europa subtiler funktionierte als in diktatorischen Systemen. Er entwickelte deshalb neue Theatermethoden:

- **Cop in the head:** Verinnerlichte Verbote, die die Protagonist*innen an der Umsetzung ihrer Veränderungswünsche hindern, werden über menschliche Statuen sichtbar gemacht.
- **Regenbogen der Wünsche:** Widersprüchliche Wünsche



Grupo Teatro do Oprimido präsentiert ihr Satire Stück zur Rentenreform.

Quelle: Raquel Wandelli / Jornalistas Livres (<https://jornalistaslivres.org>)

und Gefühle, die die Protagonist*innen in Konflikten scheitern lassen, werden ebenfalls über Statuen bewusst gemacht.

Diese introspektiven Methoden befassen sich zwar mit inneren Konflikten. Boal betrachtet sie aber als Ausdruck und Folge gesellschaftlicher Unterdrückung, die ebenfalls kollektiv zu lösen sind.

In den 80er Jahren kehrte Boal nach Brasilien zurück und gründete in Rio de Janeiro das *Centro de Teatro do Oprimido*. Sein Team arbeitete eng mit linken Bewegungen im ganzen Land zusammen. Als Abgeordneter der *Partido dos Trabalhadores* im Stadtparlament von Rio erweiterte Boal seine Methodik:

- **Legislatives Theater** setzt dort an, wo Emanzipation scheitert, weil Unterdrückung in Gesetze gegossen ist. Über das Theater wurden Gesetzesvorschläge erarbeitet und in politische Gremien eingebracht, 13 davon mit Erfolg.

Die Kontakt nach Europa blieb erhalten. Boal leitete regelmäßig Workshops für Multiplikator*innen in vielen Ländern. Jährlich finden internationale Festivals statt, an denen Gruppen aus allen Kontinenten teilnehmen. Hier zeigt sich die Kraft des Theaters über sprachliche Barrieren hinweg.

Die Situation in Deutschland – Pädagogik oder politische Befreiung?

Das Theater der Unterdrückten kommt in Deutschland vor allem im pädagogischen Kontext und kaum in politischen Gruppen zum Einsatz. Dabei bietet gerade das Bauen auf Solidarität eine Chance gegen neoliberale Vereinzelung.

Manchmal ist in Workshops zum Theater der Unterdrückten zu hören: „Ich persönlich fühle mich nicht unterdrückt.“ Der Begriff scheint antiquiert und nicht passend für die eigene Situation. Als Unterdrückte werden die Anderen gesehen - gesellschaftlich benachteiligte oder diskriminierte Bevölkerungsgruppen hier und anderswo.

Doch auch in Deutschland manifestieren sich Hierarchien, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, rechtspopulistische Hetze, Diskriminierung und Gewalt in konkreten Situationen, die nach Veränderung schreien: Sei es in Familien, Schule, Uni, Jobcenter oder am Arbeitsplatz, in Mietverhältnissen, Paarbeziehungen, auf der Straße, in der Bahn, im Krankenhaus ... Viele haben sich in den als falsch erkannten Verhältnissen eingerichtet. Der Druck, die eigenen Lebensverhältnisse kollektiv ändern zu wollen, scheint gering.

Theater der Unterdrückten hat das Potential, Utopien zu

beleben, die Kraft der Solidarität und Selbstermächtigung erfahrbar zu machen und politisches Handeln in Gang zu bringen.

Welche Chance bietet das Theater der Unterdrückten für die Solidaritätsbewegung?

Internationale Festivals haben gezeigt, dass das Theater der Unterdrückten einen ästhetischen Raum für einen länderübergreifenden Austausch bieten kann. Die aktuelle Situation kann gemeinsam beleuchtet und nach einer politischen Einflussnahme auf die komplexen globalen Zusammenhänge gesucht werden. Dabei kann die Ratlosigkeit und Wut über die politischen Verhältnisse - und deren kollektive Überwindung - selbst ein Thema der theatralen Auseinandersetzung sein.

Die Methoden Boals bieten zudem kreative Zugänge für politisches Aktions- und Straßentheater im Rahmen von Öffentlichkeitskampagnen.²

Vereinzelt gibt es Versuche, das Forumtheater in der Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen.

Meike Herminghausen, die ein solches Projekt zum Thema Aids in Äthiopien geleitet hat, beschreibt in einem Aufsatz die Chancen und Schwierigkeiten.³ Sie betont u.a., dass die basisdemokratische Idee des Theaters der Unterdrückten nur gewahrt bleibt, wenn die Initiator*innen ergebnisoffen und neugierig in den Prozess gehen und nicht versuchen, eigene Lösungen überzustülpen. Denn die Menschen vor Ort sind die Spezialist*innen für ihre Situation.

Boals Theater setzt an konkreten Situationen und der eigenen Betroffenheit an. Doch wo manifestiert sich globale Unterdrückung in Deutschland? Wie können wir wirkungsvoll vor Ort intervenieren? Eine Herausforderung und Chance liegt beispielsweise darin, eine theatrale Form zu finden, um die Leitungen deutscher Betriebe mit ihrer Verantwortung an Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung oder ökologischer Zerstörung in Ländern des Südens direkt zu konfrontieren und dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Auf der Bühne und im realen Leben.

Utopisch? Mag sein. Was sagt Boal dazu?

„Ich liebe es zu träumen, sogar dann, wenn ich mir darüber im Klaren bin, dass mein Traum unmöglich zu erfüllen ist. ... Die Funktion der Utopien ist nicht, dass sie Wirklichkeit werden, sie sollen uns vielmehr dazu anregen, noch mehr zu geben und weiter zu gehen. Träumen zu können ist bereits ein Traum, der Wirklichkeit geworden ist.“⁴ ■

Weiterführende Literatur:

Boal, Augusto: *Der Regenbogen der Wünsche*. Schibri-Verlag Uckerland 2006.

Boal, Augusto: *Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler*. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Suhrkamp Verlag Berlin 2013.

Odierna, Simone / Letsch, Fritz: *Theater macht Politik. Forumtheater nach Augusto Boal*. Verein zur Förderung der sozialpolitischen Arbeit 2006.

Wiegand, Dr. Helmut (Hrsg.): *Theater im Dialog: heiter, aufmüpfig und demokratisch. Deutsche und europäische Anwendungen des Theaters der Unterdrückten*. ibidem-Verlag Stuttgart 2004.

* Isabella Bischoff lebt als freiberufliche Theaterpädagogin in Freiburg. In den 90er Jahren arbeitete sie mit Boal und dem *Centro de Teatro do Oprimido* Rio zusammen. Sie experimentiert in politischen Gruppen mit kreativen Protestformen.

1 Boal, Augusto: *Übungen ...*, Berlin 2013, S.20
 2 Beispiele dazu in: Till Baumann, Harald Hahn: *Politisches Aktionstheater als kreative Form der Öffentlichkeitsarbeit*. In: Wiegand, H. (Hrsg.) S. 298 ff
 3 Meike Herminghausen: *Forumtheater in der Entwicklungszusammenarbeit*. In: ebd. S. 146 ff
 4 Boal, Augusto: *Übungen ...*, Berlin 2013, (S.26) .



Runder Tisch Brasilien 2017

vom 10.11. bis 12.11. in Hofgeismar

„Nenhum direito a menos – Kein Recht weniger!“ lautet ein Ruf von Menschenrechtsaktivist*innen der sozialen Bewegungen bei Protesten gegen die Regierung auf den Straßen Brasiliens – u.a. bei Generalstreiks, bei Feminist*innen und bei Kämpfen um Territorien und Landrechte.

Die brasilianische Regierung Temer hat 2017 Errungenschaften auf sozialer und politischer Ebene rückgängig gemacht. Die Deckelung der Sozialausgaben, Änderungen im Sozialsicherungssystem und „Flexibilisierungen“ im Arbeitsrecht führen zu neuen sozialen Spaltungen der Gesellschaft. Das Armutsrisiko wird erneut zum Alltagsszenario.

Die Überprüfung der Menschenrechtslage stand 2017 auf der Agenda mehrerer internationaler Gerichte und Institutionen. Die brasilianische Regierung hat von der UNO fast 250 Empfehlungen zur politischen Kurskorrektur in Bezug auf Menschenrechtsfragen erhalten. Sie betreffen Themen wie Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit, Geschlechterdiskriminierung, Rechte von indigenen Völkern und Quilombolas sowie Polizeigewalt.

Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsbeobachter*innen melden alarmierende Zustände: Exekutionen in überfüllten Gefängnissen, Polizeigewalt im Strafvollzug, systematische und institutionelle Gewalt in Favelas und städtischen Peripherien, Morde an Umweltschützer*innen, Verletzung territorialer Rechte von Indigenen und anderen, zunehmende Kriminalisierung von sozialen Bewegungen – die Liste der Vorwürfe ist lang.

Brasilien leidet unter einer allgemeinen Banalisierung der Gewalt. Politisch motivierte Morde stellen eine drastische Bedrohung für Menschenrechtsverteidiger*innen dar. Der Kampf gegen Rassismus und Umweltzerstörung sowie für eine gerechte Landverteilung ist 2017 immer noch lebensbedrohlich. Der brasilianische Staat schafft es nicht, diesen Zustand zu beenden. Stattdessen schränkt er Spielräume der Zivilgesellschaft ein, die aber nicht locker lässt und den Staat in die Pflicht nimmt.

Auf der Fachtagung Runder Tisch Brasilien werden Menschenrechtsverteidiger*innen zu Wort kommen und ihre Einschätzung zu spezifischen Menschenrechtsfragen weitergeben. Für ihren Kampf suchen sie den Austausch mit internationalen Unterstützer*innen.

Neben fachlichen Impulsen gibt es Gelegenheit für Diskussion, Vernetzung und Austausch.

Anmeldung bis 27. Oktober 2017 bei KoBra, Kooperation Brasilien e.V.
www.kooperation-brasilien.org

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG



MISEREOR
IHR HILFSWERK



Brot
für die Welt

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

terre
des hommes
schweiz Perspektiven für Jugendliche



HEKS
EPER

